



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919**

308 (9.7.1919) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-186229](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-186229)

# Wannheimer General-Anzeiger

Hauptredaktion: Dr. Frh. Goebenhaus, Verantwortlich für Politik: Dr. Frh. Goebenhaus, für Familien: L. D. A. Maderna, für Lokales und den übrigen redaktionellen Teil: R. Schöfeler, für Handel: Franz Kirschen, für Anzeigen: Anton Weiler, Druck und Verlag: Dr. Hans Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Schmidt in Mannheim, Druck-Bez. General-Anzeiger Mannheim, Postfach-Nummer Nr. 17590 Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 7940-7944.

Badische Neueste Nachrichten  
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die Spalte, Kolonnenbreite 50 Pf., Firmen-Anzeigen und Anzeigen von Vertriebsgesellschaften 65 Pf., Resten Nr. 2 50. Anzeigenpreis: Mittagsblatt vormitt. 20, Uhr, Abendblatt nachmittags 7, Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Berechnung übernommen. Belegpreis in Mannheim und Umgebung monatlich M. 2.50 mit Belegporto, Postbezug: Viertel, M. 7.50 einjährig, Jahressubskription, bei der Post abgeholt M. 7.50. Einzel-Nr. 10 Pf.

## Die Ratifizierung.

**Weimar, 9. Juli.** (Von unserem Vertreter.) Heute wird die Nationalversammlung Stellung nehmen zur Frage der Ratifizierung des Friedens. Man hatte ursprünglich die Absicht, eine gemeinsame Erklärung aller Parteien herbeizuführen. Statt dessen werden heute die einzelnen Führer schriftlich formulierte Erklärungen über die Stellungnahme zur Ratifizierung verlesen. Dabei werden nur das Zentrum und die Mehrheitssozialisten direkt für die Ratifizierung eintreten. Die Demokraten werden den Delegierten Prof. Schücking vorschicken, der eine Erklärung gegen die Ratifizierung verlesen wird. Ob man auf Seiten der Deutschnationalen noch einmal versuchen wird, bei der Ratifizierung eine Debatte über die Friedensverhandlungen in der Nationalversammlung und die Abstimmungen herbeizuführen, steht noch nicht fest.

### Hermann Müller über die Unterzeichnung.

**Berlin, 8. Juli.** (WB.) Im Verlaufe einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des Allgemeinen Handelsblades erklärte Reichsminister Hermann Müller u. a. zur Unterzeichnung des Friedensvertrages:

Wir haben lange gezögert. Aber war das nicht selbstverständlich angesichts der ungeheuerlichen, jede menschliche Vorstellung übersteigenden Last, die wir auf uns nehmen sollten? Hätte die ganze Welt uns nicht leichtfertig scheitern lassen, wenn wir bereit gewesen wären, diesen furchtbaren Vertrag zu unterschreiben, ohne auch nur einen Versuch zu machen, seine Klauseln auch im Interesse unserer Gegner praktisch und ausführbar zu gestalten? Ja, man hätte in einer solchen Bereitwilligkeit mit Recht das Anzeichen erblicken können, daß wir es mit unserer Pflicht nicht ernst nehmen. Erst angesichts unserer ganzen nationalen Existenz durften wir uns berechtigt fühlen, Bedingungen zu unterzeichnen, wie sie noch niemals ein Gegner dem anderen vorgelegt hat. Der Staatsmann muß über Ehre anderes denken, als der einzelne Mensch. Der größte Schaden wäre für ihn gewesen, unser Volk dem Untergang preiszugeben. Wir konnten es nur retten, wenn wir das Friedensinstrument mit dem festen Willen unterschrieben, seine Bedingungen ehrlich zu halten.

## Aufhebung der Blockade.

**Berlin, 9. Juli.** (Von unfr. Berl. Büro.) Die „Daily Mail“ meldet, soll die Blockade gegen Deutschland am Samstag früh in vollem Umfange aufgehoben werden.

## Die innere Krise.

**Weimar, 9. Juli.** (Von unserem Vertreter.) Die Verhandlungen zwischen dem Zentrum und den Mehrheitssozialisten über das Schulkompromiß schreiten langsam, aber sicher fort. Man wird sich höchstwahrscheinlich darauf einigen, daß weder eine konfessionelle, noch eine konfessionslose Schule in der Verfassung verankert wird. Vorläufig haben zwar einen solchen Kompromiß nur die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung und einige sozialistische Minister zugestimmt. Die Anschauung der Fraktion der Mehrheitssozialisten läßt sich noch nicht übersehen, ebenso ist die Stellungnahme der preussischen Minister noch unklar. Diese treffen heute wieder förmlich in Weimar ein, da man sowohl über die Schulreform, wie über den wichtigen Art. 18 der Verfassung über die Neueinteilung Deutschlands verhandeln muß. Es kann eintreten, daß bei diesen Verhandlungen sich neue Krisen in Preußen entwickeln. Es kann aber auch auf der anderen Seite auch in diesen Verhandlungen eine völlige Zerklüftung Preußens beschlossen werden. Die Bedeutung dieser Besprechungen reicht wesentlich weiter, als man sich im Volke im allgemeinen klar macht.

### Preußens Zerstückelung wäre Deutschlands Zerfall.

**Berlin, 8. Juli.** (WB.) In einem längeren Artikel gegen die Zerklüftung Preußens führt Ministerpräsident Hirth im „8 Uhr-Abendblatt“ aus:

„Der Zerfall Preußens wäre das Vorbild für den Zerfall des Reiches. Jede Möglichkeit des Aufschwungs würde damit in weite Ferne rücken. Wer Preußen zerlegt, darf sich nicht wundern, wenn sich der Traum der Reichseinheit nicht erfüllt. Nicht im Sonderinteresse Preußens sprechen sich seine Vertreter gegen das Projekt der Zerklüftung aus, wie ein Redner im Ausschuß treffend hervorgehoben hat, vor allem, weil für das Reich die ungeschwächte Kraft Preußens unentbehrlich sei. Deshalb soll die Nationalversammlung noch im letzten Augenblick alle Versuche, die Bildung neuer Staaten zu erreichen, von der Hand weisen, nicht im Interesse Preußens, sondern im Interesse des Deutschen Reiches, im Interesse einer einheitlichen deutschen Republik.“

## Wissell in Not!

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Der Reichswirtschaftsminister Wissell hat in der letzten Kabinettsitzung seine Zustimmung zu der Aufhebung der Devisenordnung gegeben. Bekanntlich hatte noch am Pfingstamstag Herr Wissell einem dahingehenden Beschluß des diktatorischen Ausschusses gegenüber die Kabinettsfrage gestellt, und da man damals jede Krise vermeiden wollte, wurde die Entscheidung vertagt. Damals waren der Reichschatzminister Gothein, der Reichsfinanzminister Dr. Dernburg, der Reichsernährungsminister Schimid und die Reichsbankleitung für die Aufhebung der Devisenordnung eingetreten; aber Herr Wissell erklärte: „Nur über meine Leiche!“ Heute sagt er: „Hier stehe ich, ich kann auch anders.“ Damals ging nach Herrn Wissell das

deutsche Wirtschaftsleben an einer solchen Maßnahme zu Grunde; jetzt, 4 Wochen später, kommt er zu der Auffassung, daß sie nicht zu umgehen sei. Im deutschen Volk fragt man sich freilich, ob ein solcher Mann auf den überaus wichtigen Posten des Wirtschaftsministers gehört.

Auch mit seinen Plänen auf die Sozialisierung der gesamten Elektrizitätswirtschaft ist Herr Wissell im Kabinett gescheitert; wie wir erfahren, hat sich das letztere für die vom Reichschatzministerium auf diesem Gebiet vertretenen Pläne erklärt. Die Felle seiner geliebten Wangenwirtschaft sieht Herr Wissell ebenfalls forschwimmen. Die Reichstertilgungsgesellschaft hat einstimmig ihre Auflösung beantragt. Sie sieht sich eben vor dem Zusammenbruch und befürchtet mit Recht, daß, je länger man ihre Auflösung hinausschiebt, um so gewaltiger die Liquidationsverluste werden müssen. Leider hat hier das Kabinett sich nicht zu einem durchgreifenden Entschluß aufgeschwungen, sondern einen Abbruch einer raschen Liquidation beschlossen. Man sagt, daß der Reichswirtschaftsminister dafür einen Reichsschutz von einer halben Milliarde erfordert, und daß der Reichsfinanzminister Erzberger ihm diesen Betrag zur Verfügung gestellt hat. Unseres Erachtens erfordert die unglückliche finanzielle Lage ein sparsames Umgehen mit den Reichsmitteln. Wenn uns die Hinausschiebung der Liquidation weiterer Kriegsgesellschaften ähnliche Summen kostet, so gnade Gott dem deutschen Steuerzahler.

**Weimar, 9. Juli.** (Von unserem Vertreter.) In der gestrigen Sitzung des Kabinetts verfuhrte der Reichswirtschaftsminister Wissell das Kabinett noch einmal von der Notwendigkeit der von ihm angestrebten Planwirtschaft zu überzeugen. Er hatte den Wunsch, daß der Reichsministerpräsident Bauer in der Rede, die er demnächst zu halten gedenkt, über die Planwirtschaft sich im Namen des Kabinetts ausdrücklich vertritt. Das Kabinett beschloß aber mit allen Stimmen gegen Wissell, daß die Planwirtschaft nicht durchzuführen sei. Infolgedessen verließ Wissell die Kabinettsitzung. Es ist damit zu rechnen, daß er sein Amt niederlegen wird. Das Abschiedsgesuch wird wahrscheinlich schon heute bei dem Reichspräsidenten eintreffen. Mit ihm muß dann auch der eigentliche geistige Vater der Planwirtschaft, der Unterstaatssekretär v. Müllendorff, abgehen.

Der Rücktritt Wissells hat auf die Erklärung Bauers insofern eingewirkt, als diese vorläufig verschoben werden soll. Die Nationalversammlung wird nun zunächst die Verfassungsberatung aussetzen, und zwar bis Mitte übernächster Woche. Erst dann wird Bauer das Arbeitsprogramm des Kabinetts entwickeln.

## Der Handelstag zur Wissellschen Denkschrift.

Ueber das Wirtschaftsprogramm des Reichswirtschaftsministeriums (Wissellsche Denkschrift) hat der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstags in seiner Sitzung vom 4. Juli ds. Js. eine Erklärung abgegeben, der Folgendes zu entnehmen ist:

„Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages erkennt mit dem Reichswirtschaftsministerium an, daß die Steigerung der Produktion eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft ist und daß von der Herstellung einer Interessens- und Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern, Angestellten und Arbeitern durch geeignete Organisationen für den Ausgleich der sozialen Gegensätze und den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft sehr viel abhängt. Er erkennt auch an, daß der Gedanke eines Wirtschaftsparlamentes fruchtbar ist, wenn der Aufbau, aus dem diese Körperschaft entsteht, nicht zu verweigert ist und den Handelstammern darin die gebührende Stellung gegeben wird.“

Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages kann aber nicht zugeben, daß diese Ziele durch die Planwirtschaft erreicht werden können, deren bedenkliche Folgen, insbesondere für die Außenhandelspolitik, gar nicht beachtet zu sein scheinen. Er ist vielmehr davon überzeugt, daß der Ausgleich der sozialen Interessen von der Planwirtschaft ganz unabhängig ist, daß ferner der Aufgabekreis der Wirtschaftsblünde und Nachverbände die freie Betriebsführung des Einzelunternehmers erheblich beschränkt und daß die auf Zwang beruhende Selbstverwaltung, in der die widerstreitenden Elemente vereinigt sind, einen noch nie dagewesenen Apparat mit riesigen, der Industrie und dem Handel aufgebürdeten Kosten und unzählbaren Beamten darstellt, der nicht beweglich genug und nicht geeignet ist, den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt in Fluß zu halten. Der Gedanke, die künftige Wirtschaft bedürfe einer stärkeren Fachorganisation, ist an sich gesund; seine Durchführung ist aber bereits früher in Gestalt der bewährten freien Fachverbände begonnen und in dieser Richtung wird sich auch die Weiterentwicklung bewegen müssen.

Für den Handel ist die Planwirtschaft schlechterdings unbrauchbar und undurchführbar. Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums macht auch keinen Versuch, die Möglichkeit von Selbstverwaltungskörpern für den Handel nachzuweisen. Insbesondere ist der Wiedereintritt in den Welthandelsverkehr undenkbar, wenn dem Ein- und Ausfuhrhandel die von der Planwirtschaft beabsichtigten Fesseln auferlegt werden.“

## Der Eisenbahnerstreik.

Wiederaufnahme der Arbeit in Hamburg.

**Hamburg, 8. Juli.** (WB.) Die Versammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, die heute nach den gestern abgebrochenen Beratungen wieder aufgenommen wurde, nahm nach fünfständiger lebhafter Auseinandersetzung eine Entschliebung an, in der es u. a. heißt:

„Die heutige Funktionalerversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes erklärt nach dem Abstimmungsergebnis und den Berichten aus der Provinz Abstand zu nehmen von einem örtlichen Streik. Sie empfehlen dringend den bereits in Ausnahmefällen befindlichen Kollegen, umgehend die

Arbeit wieder aufzunehmen. Sie verlangt, daß der Hauptvorstand unverzüglich Verhandlungen mit dem Ministerium aufnimmt und die Eisenbahnerforderungen zu gegebener Zeit zentral durchführt. Die Vorbereitungen hierzu sind sofort zu treffen.“

Zu der weiteren Bewegung der Eisenbahner ist zu bemerken, daß die Betriebsstelle Ohlsdorf heute die Arbeit eingestellt hat. Die Einstellung ist erfolgt ohne Zutun des Verbandes und der Vertrauensleute. Die Betriebswerkstätten haben heute mittag die Arbeit niedergelegt mit der Begründung, daß sie für Harburg Streikarbeit leisten sollten.

Das Abstimmungsergebnis war folgendes: Es wurden insgesamt 11 780 Stimmen abgegeben, davon 6333 für und 4423 gegen den Streik, 105 waren ungültig, 619 hatten sich ihrer Stimme enthalten. Nach Maßgabe des Verbandes bedarf es zur Herbeiführung einer Arbeitsniederlegung einer Dreiviertelmehrheit.

### Die Haltung der Regierung.

**Berlin, 9. Juli.** (Von unserem Berliner Büro.) Alle im Anschluß an die Revolution ausgebrochenen Streiks der Eisenbahner waren lediglich örtlicher Natur und hatten rein wirtschaftliche Ursachen. Das änderte sich aber, als der in Frankfurt a. M. ins Leben gerufene Verkehrs-ausschuß energische Anstrengungen machte, die Verwaltung der Staatseisenbahn unter den Einfluß der Eisenbahnerschaft zu bringen. Als das gelungen war, wurden die Streiks ein willkommenes Mittel, um politische Ziele durchzusetzen, denen allerdings für die Öffentlichkeit stets schamhaft das wirtschaftliche Kärtchen umgehängt wurde. Die Agitation durch Flugblätter, die von der kommunistischen Partei Deutschlands oder dem Spartakusbund unterzeichnet waren, die Auslösung von Emissären, die immer unverhohlener die Errichtung der Räterepublik und die Diktatur des Proletariats als spezifische Forderung der Eisenbahner einschmuggeln wollten, ließ bald keinen Zweifel mehr daran, welche Elemente sich der Interessen der Eisenbahner angeschlossen hatten. Die Arbeiter zeigten zunächst für die politischen Ideale ihrer Führer wenig Verständnis und Gegenliebe. Unbestreitbar war ihre wirtschaftliche Lage trotz mehrfachen Aufbesserungen infolge der ständig wachsenden Teuerung sehr arduend geworden, und sie konnten nicht begreifen, warum ihre Forderungen bei der Regierung, die doch für die in die Milliarden gehenden Mehrkosten einfach keine Deckung sah, so wenig Verständnis und Berücksichtigung fanden. So hatten die radikalsten Helfer leichtes Spiel, da der Boden der Unzufriedenheit gut vorbereitet war und die Gewerkschaften, vor allem der deutsche Eisenbahnerverband, es verstanden, zu den Ausständen Stellung zu nehmen. Die örtlichen Streikleitungen hatten die Macht in den Händen und ließen im geeigneten Augenblick alle Räder stillstehen. Nur der mangelhaften Organisation der Streikfühler ist es zu danken, wenn der gefährdete Generalstreik der Eisenbahner sich immer wieder in kleine Teilaktionen zersplitterte, die bald ergebnislos ihr Ende fanden. Es muß aber der Deffektivität leider gesagt werden, daß die Idee des allgemeinen Eisenbahnerausstandes die Köpfe der äußerst unruhigen und unzufriedenen Eisenbahnererschaft nach wie vor beherrscht und daß es vielleicht nur einer geschickteren Regie bedürfen wird, um den Generalausstand mit allen seinen verderblichen Folgen doch noch zur Tat werden zu lassen. Gerade dadurch hoffen eben die Kommunisten das Heft endlich in die Hand zu bekommen. Sie haben den Satz geprägt: „Wer die Eisenbahn hat, hat die Hand an der Gurgel der Volkswirtschaft.“ Die Regierung wird alle Machtmittel bereit halten, um einem solchen verbrecherischen Vorhaben nach Möglichkeit den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Es ist die Überzeugung aller Sachverständigen, daß ein solcher allgemeiner Eisenbahnerstreik die ernste Krise seit den Tagen der Revolution überhaupt bedeuten würde.

### Die schädlichen Wirkungen des Eisenbahnerstreiks und der letzten inneren Unruhen auf unsere Volksernährung.

In allen Kreisen der Bevölkerung dürfte man heute darüber aufgestört sein, welche Bedeutung der Stand unserer Valuta für die Beschaffung von ausländischen Lebensmitteln hat. Darüber kann auch in den volkswirtschaftlich nicht gebildeten Kreisen kein Zweifel mehr bestehen. Es ist aber notwendig, immer von neuem die Wirkungen des Eintritts von Ereignissen, die unsere Ordnung und Ruhe im Innern gefährden, zur Kenntnis weiter Kreise zu bringen. Dänemark und Norwegen sind zurzeit zwei Länder, die für unsere Versorgung mit Lebensmitteln von großer Bedeutung sind. Mit Norwegen beispielsweise wird gegenwärtig über einen umfangreichen Ankauf von Konserven verhandelt. Infolge der Unterzeichnung des Friedensvertrages stieg nun in Norwegen der Markkurs innerhalb weniger Tage um 40 Prozent. Was dieser außerordentliche Sprung für die zu zahlenden Lebensmittelpreise ausmachte, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Aber die Unruhen in Hamburg und der Ausbruch des Eisenbahnerstreiks haben in wenigen Tagen die ganze Besserung der Valuta wieder zunichte gemacht, wodurch der Preis für die Lebensmittel wiederum erheblich angestiegen ist. Genau dieselbe Entwicklung zeigte sich in denselben Tagen in Dänemark. Die Marktwährung mochte dort nach dem Beschluß, den Frieden zu unterzeichnen, einen Sprung um 40 Prozent. Aber die spartakistischen Unruhen warfen den Kurs wieder auf seinen früheren Tiefstand zurück. So schädigen diejenigen Kreise, die am lautenst nach einer Verbesserung und Billigung der Lebensmittelförderung schreien, durch ihre sinnlosen Streiks und Unruhen unsere gelamte Volksernährung.

**Kattowitz, 8. Juli.** (WB.) Nach Mitteilung der Pressestelle sind auf dem Bahnhofe Tarnowitz die Eisenbahner a. s. t. ä. n. d. i. g. Sie fordern die Gewährung einer höheren Teuerungszulage. Es wurden sofort Verhandlungen angeknüpft. Augenblicklich ist der Verkehr auf der Strecke Tarnowitz — Döpnitz, Tarnowitz — Kreuzburg und Tarnowitz — Beuthen a. s. p. r. t. Die Streikleitung tagt im Bahnhofsgebäude. Sie will für die Wiederaufnahme Sorge tragen.

# Die neuen Reichssteuern.

## Die Vorlage der Regierung. Direkte Steuern.

Der Deutschen Nationalversammlung ist dieser Tage eine Reihe von Drucksachen zugegangen, die das erste Bündel der Steuerentwürfe enthält, mit denen man uns beglücken will. Es sind zunächst nicht weniger als 10 Steuerentwürfe; in Aussicht genommen sind noch eine Anzahl weiterer Entwürfe, die demnächst veröffentlicht werden sollen. Ob nicht auch dann noch in dem Steuerentwurf diese oder jene Blume fehlt, läßt sich noch nicht sagen.

Zunächst liegt ein Entwurf über eine außerordentliche Kriegsabgabe, also eine einmalige Steuer, vor. Danach soll das Reineinkommen gegenüber dem Friedens Einkommen derart besteuert werden, daß die ersten 3000 Mark steuerfrei bleiben und der überschüssige Betrag steuerpflichtig ist. Als Friedenseinkommen werden 10 000 M. angenommen, selbst wenn es geringer als diese Summe war, so daß jemand, der nicht mindestens 13 000 Mark jährlich verdient, ohne weiteres steuerfrei ist. Der Steuerfuß beträgt für die ersten 10 000 Mark steuerpflichtigen Reineinkommens 5 v. H. und steigt bis auf 50 v. H. für Reineinkommen über 100 000 Mark. Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H. usw. haben den Mehrertrag gegenüber dem Friedensgewinn zu versteuern; Beträge unter 5000 Mark bleiben unversteuert. Der Steuerfuß beträgt je nach der Höhe des Mehrertrags 30 bis 80 v. H.; gemeinnützige Gesellschaften sind abgabefrei.

Ein weiterer Gesetzentwurf fordert eine einmalige Abgabe vom Vermögenszuwachs. Abgabepflichtig ist das Vermögen der Inländer, mit der Ausnahme der Auslandsbesitzer, die seit dem 1. Januar 1914 dauernd im Auslande wohnen. Ausländer, die im Deutschen Reiche ihren dauernden Aufenthalt haben, unterliegen der Steuer. Abgabepflichtig ist ein Vermögen, das 10 000 Mark übersteigt, und von diesem nur der 5000 Mark übersteigende Vermögenszuwachs. Die Feststellung des Vermögens erfolgt aufgrund umfangreicher Bestimmungen zur Vermeidung einmal der Doppelbesteuerung und zum anderen der Steuerhinterziehung. Für die Höhe der Abgabe liegen zwei Vorschläge vor: ein radikaler der Reichsregierung und ein etwas mehr gemäßigter des Staatenausschusses. Beide Entwürfe sehen als Mindestabgabe 10 v. H. für die ersten 10 000 Mark und 15 v. H. für die nächsten 10 000 Mark vor. Während die Steuerfüße nach dem Vorschlag der Reichsregierung aber nunmehr sehr schnell steigen, um das 500 000 Mark übersteigende Mehrvermögen mit 100 vom Hundert zu versteuern, d. h. also gänzlich wegzusteuern, ist die Progression bei den Vorschlägen des Staatenausschusses kontinuierlich, und erst bei einem Vermögenszuwachs von mehr als 15 Millionen Mark soll der überschüssige Betrag völlig dem Reich verfallen. Die Begründung dieses Entwurfs bezeichnet es als eine sittliche Forderung, daß jeder, dessen Vermögen und Leistungsfähigkeit sich trotz des Krieges erhöht hat, dem Volke das zurückzahlen muß, was er während des Krieges erworben konnte. Niemand solle von sich sagen dürfen, daß er in jeder Zeit schwersten nationalen Unglücks, in der Millionen Volksgenossen Gut und Blut zum Wohle des Reiches und Volkes opferten, habe Reichtümer sammeln können.

Sehr einschneidend sind die Bestimmungen der Erbschaftsteuer, die im Gegensatz zu den bisher ausgesprochenen Steuern eine bleibende sein soll. Nach dem Regierungsvorschlag gehen hier drei verschiedene Arten der Besteuerung nebeneinander: die Nachlasssteuer, die Erbschaftsteuer und die Schenkungssteuer. Von der Nachlasssteuer wird das gesamte Vermögen eines Verstorbenen betroffen, gleichgültig, wer der Erbe des Nachlasses ist und in wieviel Teile er zerfällt. Sie ist als eine Ergänzung der Erbschaftsteuer gedacht, nach dem Muster der englischen Estate Duty. Sie soll, wie in der Begründung gesagt wird, im Grunde nichts anderes darstellen, als eine letzte Besteuerung des Vermögens des Erblassers. Weiter soll die Steuer auch die Eigenschaft einer Kontrollsteuer für alle anderen Steuern von Einkommen und Vermögen besitzen. „Hat der Erblasser“, so heißt es in der Begründung mäßig, „es bei seinen Lebzeiten an der Erfüllung seiner Steuerpflichten fehlen lassen, so bietet die Aussicht darauf, daß nach dem Ableben der ganze Nachlass noch vor seiner Teilung zur Nachprüfung offengelegt werden muß, ein wirksames psychologisches Mittel, um Steuerhinterziehungen von Anfang an vorzubeugen. Bei der Notwendigkeit, das Steuergewissen künftig mit allen Mitteln zu härten, erscheint die Nachlasssteuer nicht sowohl wegen ihres finanziellen Ertrages, als wegen dieses Zweckes unentbehrlich.“ Die Nachlasssteuer ist, wie erinnerlich, jene Steuer, die bei der Reichsanzeigerreform des Jahres 1909 auch von der Regierung der Fürsten Bülow in Verbindung mit der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten dem Reichstage vorgelegt wurde und in ihren letzten Auswirkungen zur Zertrümmerung des Bülowblocks und dem Sturz des Kanzlers führte. Die Nachlasssteuer soll nach dem Entwurf für die ersten angefangenen oder vollen 200 000 M. 1 v. H. betragen und bis zu einer Höhe von 5 v. H. ansteigen bei einem Vermögen von mehr als zwei Millionen Mark. Die Hauptsteuer ist indes die Erbschaftsteuer. Der Entwurf baut das bestehende Gesetz aus dem Jahre 1906 weiter aus und hebt die Steuerpflicht auf Ehegatten und Kinder aus; gleichzeitig werden für die bisher bereits steuerpflichtigen Erben die Steuerfüße, zum Teil recht beträchtlich, erhöht. Es werden sechs Steuerklassen gebildet, deren Sätze je nach der Entfernung des Verwandtschaftsgrades zum Erblasser steigen. Innerhalb der Klassen wiederum steigt der Steuerfuß nach der Höhe des steuerpflichtigen Erbes. Auch nach unten hin ist der Bereich der Erbschaftbesteuerung recht weit ausgedehnt worden; steuerfrei bleibt nur ein Betrag bis zu 500 Mark oder, wenn Eltern, Aoretern, Ehegatten oder Abkömmlinge die Erben sind, (Klasse 1 und 2) ein solcher von 5000 Mark. Die Sätze selbst betragen in Klasse 1 (nächste Verwandte) bis zu 20 000 Mark Erbschaftssumme 4 v. H. und steigen bis auf 15 v. H. in Klasse 6. Beträge über 1 Million Mark sollen in Klasse 1 mit 20, in Klasse 6 mit 50 v. H. versteuert werden. Für Vermögen über 100 000 Mark sind ferner besondere Zuschläge vorgesehen; bei einem Erbfall, der vor dem Jahre 1940 eintritt, treten jedoch Ermäßigungen um 2 v. H. für jedes Jahr vor diesem Zeitpunkt ein. Bei gemeinnützigen und Familienstiftungen, also auch bei Zuwendungen für Kirchen, beträgt die Steuer allgemein 10 v. H. Um eine Umgehung der Erbschaftsteuer durch Schenkung zu verhindern, sollen für derartige Zuwendungen die gleichen Steuerfüße erhoben werden. Der Ertrag aller dieser Steuern wird auf 7000 Millionen Mark veranschlagt.

Zu den Besteuern zählen noch zwei Steuern auf den Grundbesitz, obwohl sie in ihren Folgen mitunter nicht den Besitz, sondern die Schulden besteuern. Die erste dieser Steuern ver-

langt eine Abgabe bei Besitzwechsel von Grundigentum. Der Steuerfuß beträgt im allgemeinen 4 v. H., wenn Grundstücke im Besitz von Anstalten oder Stiftungen usw. stehen und seit mindestens 20 Jahren keinem Besitzwechsel unterworfen waren, nur 2 v. H. Wenn dagegen der Erwerber eines Grundstücks innerhalb dreier Jahre das Grundstück und einen Teil davon mit der Absicht auf teilweise oder völlige Zerlegung weiter veräußert, erhöht sich die Steuer auf 6 v. H. Doch erhält der Erwerber des weiter veräußerten Teiles den Steuerunterchied vergütet, wenn er das Grundstück als Kleinveräußerung verwendet. Diese Bestimmung soll ganz offenbar einmal die Bodenspekulation treffen und andererseits die Erziehung von Kleinveräußerungen fördern. Aus dem gleichen Beweggrund sind Kriegsschädigte und Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern, die auf Grund des Kapitalabzugsgesetzes Grundstücke erwerben, von der Steuer befreit. Im übrigen haften für die Steuer der Veräußerer und Erwerber gesamtverbindlich, bei einer Zwangsversteigerung jedoch nur der Erwerber. Indes sieht der Entwurf bei Zwangsversteigerungen Erleichterungen vor, falls der Erwerber der Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden oder Realpfandschulden ist. Die Begründung des Entwurfs weist besonders auf diese Bestimmung hin als einen Fortschritt gegen den früheren Zustand, der derartige Grundstückskäufe wider Willen in keiner Weise von Spekulationskäufen unterschied. Ueber die Beteiligung der Steuer zwischen der Reichsregierung und dem Staatenausschuss Meinungsverschiedenheiten. Die Reichsregierung verlangt für das Reich die Hälfte des Ertrages, für den Fall, daß nur 2 v. H. als Steuer erhoben werden, sogar drei Viertel, der Staatenausschuss will dem Reich dagegen nur drei Viertel in allen Fällen zubilligen.

In einem gewissen Zusammenhang mit dieser Steuer steht der Entwurf eines Konsumsteuergesetzes. Die Vorlage geht davon aus, daß Grundstücke, die bisher Abgabenbeschränkungen unterliegen, bei einer Schließung von Festungen und der damit verbundenen Aufhebung der Beschränkungen einen unerwarteten Wertzuwachs erfahren, der aus Gerechtigkeitsgründen besteuert werden müsse. Dieser Wertzuwachs soll, wenn er mehr als 50 M. beträgt, mit 50 v. H. versteuert werden, und zwar nach Wahl des Steuerpflichtigen durch Kapitalzahlung oder in Form einer jährlichen Rente in Höhe von 6 v. H. des Kapitals, wobei 5 v. H. als Verzinsung und 1 v. H. als Tilgung der Kapitalschuld anzusehen ist.

## Indirekte Steuern.

Betrafen die bisher besprochenen Vorlagen ausschließlich direkte Steuern, so sind die fünf nächsten Vorlagen Verbrauchssteuern, also indirekte Abgaben, die zum Teil auch das Betreiben tragen, einen übermäßigen Luxus möglichst kräftig zu den Reichskassen heranzuziehen.

Besonders gilt das von der Vorlage über die Vergnügungssteuer, die in das Volksleben sehr tief eingreifen wird, zumal in Zukunft auch Veranstaltungen von Vereinen, die auch nur in ihrer Weise den Charakter eines Vergnügens tragen, steuerpflichtig sind. So sind nicht allein Vorstellungen in Theater, Lichtspielhäusern, Varietés, Kabarets, Zirkussen, nicht allein Konzerte, Vorträge, Vorstellungen und Reizektionen steuerpflichtig, sondern auch sportliche Veranstaltungen, jede Art von Volksfesten auf Kunstmessen, Tanzvergnügen, Kaffeehäusern, Karmeleisungen, Ausstellungen mit Ausnahme von Museen, Schaustellungen, Schenkmärkten und Ausstellungen aller Art, auch Wohltätigkeitsveranstaltungen. Von der Steuer befreit sind nur solche Veranstaltungen, die lediglich dem Unterricht in öffentlichen oder erlaubten privaten Unterrichtsanstalten dienen. Steuerfrei sind ferner Veranstaltungen von Einzelpersonen in Privatwohnungen, wenn für die Teilnahme weder ein Entgelt zu entrichten ist, noch Speisen und Getränke gegen Bezahlung verabreicht werden. Die steuerpflichtigen Veranstaltungen werden dagegen nicht dadurch steuerfrei, daß man das Eintrittsgeld dadurch zu umgehen sucht, daß an Stelle dessen Speise und Getränke verabreicht werden, wie dies schon jetzt in vielen Kabarets und Varietés der Fall ist. Politische Versammlungen sind dagegen auch in diesem Falle steuerfrei. Die Abgabe wird im wesentlichen in Form einer Kartensteuer erhoben. Sie beträgt bei Eintrittskarten zum Preise von nicht mehr als 25 Pf. 2 Pf., bei Karten bis zu 50 Pf. 5 Pf. und steigt, zum Teil progressiv, bis auf 4.50 M. für ein Entgelt von 15 M., darüber hinaus werden für jede angefangene 50 Pf. des Eintrittsgeldes 20 Pf. Steuer erhoben. Wenn zu dem Eintrittsgeld noch Sondervergütungen (z. B. Tansgebühren) erhoben werden, so ist dafür eine besondere Steuer von 30 Pf. zu entrichten. Sollte ein Eintrittsgeld nicht erhoben werden, so wird die Steuer nach der Größe der Plätze, auf der die Veranstaltung stattfindet, berechnet. Auch die Kapellen in Kaffees, Wirtschaften, so selbst die Bierkostenmänner, die auf den Straßen umhergehen, werden besteuert. Der Bierkostenmann hat beispielsweise 1 M. tägliche Vergnügungssteuer zu entrichten. Auch die Klänge eines Grammophons oder Orchestrions auf öffentlichen Plätzen und in Gast- und Schankwirtschaften sowie sogenannte Schanz- und Scherzautomaten fallen unter die Steuerpflicht; deren Steuer wird nach dem Anschaffungswert mit 75 Pf. bis 7 M. berechnet.

Sehr ausgiebig soll auch der Tabak herangezogen werden, und zwar will man hier den Luxus in der Weise treffen, daß besonders hochwertige Marken mit einer entsprechend hohen Steuer belegt werden. Zigaretten und Zigaretten sollen fünfmal, Rauchtabak, Kaudabak und Schnupftabak nach dem Gewicht belastet werden. Die Sätze sind recht hoch. Der Entwurf regelt im übrigen auch die Besteuerung von Tabakerzeugnissen mit solchen Kleinverkaufspreisen, die heutzutage gar nicht mehr in Betracht kommen, beispielsweise Zigaretten für 8 Pf. und Zigaretten für 3 Pf. das Stück. Die Steuer beträgt für diese billigen Sorten 0.8 Pf. für Zigaretten und 1 Pf. für Zigaretten, bei Zigaretten im Preise von 40 Pf. beträgt die Steuer bereits 10.4 Pf., bei solchen im Preise von mehr als 1.20 M. sogar 50 Pf. für das Stück, Zigaretten im Preise von 15 Pf. sollen eine Steuer von 6.5 Pf., bei einem Preise von mehr als 25 Pf. einer Steuer von 14 Pf. pro Stück unterliegen, bei feingeknipptem Rauchtabak soll die Steuer bei einem Preise bis zu 10 M. pro Kilogramm 5 M. betragen und bis auf 60 M. steigen bei einem Preise von mehr als 80 M. pro Kilogramm. Etwas geringer sind die Sätze bei groß geknipptem Pfeifenstab, wo die niedrigste Wertstufe 1 M. bei einem Preise von 5 M. pro Kilogramm beträgt. Als Steuer für Kaudabak sind 1.50 bis 3.50 M. für Schnupftabak 1-4 M. pro Kilogramm in Ansatz gebracht. Für die Uebergangzeit ist eine Nachversteuerung vorgesehen. Die Vorschriften über die Entschädigung von Arbeitern, die durch die neuen Bestimmungen betroffen werden, gleichen denen des früheren Gesetzes. Der Ertrag der neuen Steuer wird auf 750 Millionen M. veranschlagt, was also nach den bisherigen Sätzen einen Mehrertrag von 295 Millionen M. bedeuten würde.

Die bereits bestehende Hundwarensteuer, die für ein Foket Hundhals normaler Portion bisher 15 Pf. betrug, wird auf 30 Pf. erhöht. Außerdem sollen die bisher steuerfreien Feuerzeuge mit Zündvorrichtungen aus Zinnmetall mit 1.50 M. ander: Feuerzeuge mit 3 M. pro Stück versteuert werden, die Metallzylinder selbst sollen außerdem einer Steuer von 30 Pf. pro Gramm unterliegen. Der Ertrag dieser Summe wird auf 52.5 Millionen M. veranschlagt, was ein Mehr von etwa 29 Millionen Reinertrag gegenüber den bisherigen Steuerfüßen bedeutet.

Die Zuckerversteuerung von 1903 soll ferner von 14 auf 30 M. für 100 Kilogramm erhöht werden, die Mehrerhebung würde eine Erhöhung des Kleinhandelspreises für Zucker um 8 Pf. pro Pfund bedeuten. Der Mehrertrag gegenüber der früheren Steuer ist auf 180 Millionen M. geschätzt.

Die Spielkartensteuer, die bisher 30 Pf. pro Spiel betrug, soll auf 2 M. erhöht werden. Spiele von weniger als 25 Blättern sollen nur mit 1 M., solche von mehr als 48 Blättern dagegen mit 3 M. versteuert werden, gleichzeitig soll der Einbuhrall für Spielarten von 60 M. auf 300 M. für 100 Kilogramm erhöht werden. Unter Berücksichtigung eines sehr erheblichen Rückganges im Verbrauch erwartet die Reichsregierung einen Ertrag von zehn Millionen M. gegen 2 Millionen M. nach den bisherigen Sätzen.

Im Hinblick auf die neuen Steuern, die das mobile Vermögen ganz bedeutend schärfer als bisher zu erfassen suchen, bietet natürlich die in dem Gesetz gegen die Steuerflucht vom 25. Juli 1918 vorgesehene Sicherstellungsleistung von 20 v. H. des Vermögens bei Verlassen des Reichsgebietes keine genügende Sicherheit mehr. Das Gesetz soll daher in der Weise ergänzt werden, daß die Reichsregierung Vollmacht erhält, diese Sicherheit bis auf 50 v. H. zu erhöhen.

Ble bereits bemerkt, stehen noch eine Reihe weiterer Gesetzentwürfe in Aussicht, und zwar ein Vermögensabgabe-, Besitz-, Umsatz-, Reichseinkommensteuer- und ein Reichsteuergesetz, ferner eine Reihe von Versicherungssteuergesetzen, eine Abgabenerordnung, ein Brauwirtschaftsgesetz und noch verschiedene andere Monopolgesetzentwürfe.

## Scharfe Auseinandersetzungen über die Finanzfrage.

Weimar, 9. Juli. (Von unserem Vertreter.) Die Rede, die Erzberger als Reichsfinanzminister gestern in der Nationalversammlung hielt, hat im allgemeinen den Eindruck hinterlassen, daß Erzberger seine Stellung als geistiges Oberhaupt des Kabinetts befestigt hat. Erzbergers Rede brachte weniger neues Material über unsere Finanzlage als neue Ausführungen über die Absicht des Zentrums und der Mehrheitssozialisten, eine soziale Steuergesetzgebung durchzuführen. Man nimmt an, daß das von Erzberger geprägte Schlagwort „ein guter Finanzminister ist der beste Sozialisierungsminister“ als das Programm des Zentrums und der Mehrheitssozialisten zu gelten hat.

Infolgedessen griff gestern der frühere Reichsfinanzminister Schiffer sowohl Erzberger wie den Mehrheitssozialisten, Abgeordneten Keil, in Folge ihrer Behauptungen über seine Geschäftsführung sehr energisch an. Nach allgemeiner Auffassung muß man auf weitere scharfe Auseinandersetzungen über die Finanzfrage am heutigen Tage gefaßt sein.

Die Demokraten haben die Absicht, der Agitation des Zentrums und der Mehrheitssozialisten mit allen Mitteln entgegenzutreten. Sie wollen in der Öffentlichkeit darauf hinweisen, daß das jetzige Steuerprogramm nicht von Erzberger, sondern von Reichsfinanzminister Schiffer und Dernburg verfaßt worden ist, und daß die bisherigen Vorlagen, die nur Halbmheiten bedeuten können, dem Zentrum und den Mehrheitssozialisten noch keine Gelegenheit geben können, von der Aufstellung eines fertigen, neuen Steuerprogramms zu reden.

Die Rechte wird in der heutigen Debatte gegen Erzberger sehr scharf gegen diejenige Stelle seiner Rede, in der er über sich selbst sprach, vorgehen.

Die Beratung der Steuerentwürfe wurde gestern abend ziemlich unermüdet bereits nach der Rede Schiffers abgebrochen, weil die Fraktionen noch Sitzungen abhalten mußten, um sich über die Geschäftslage bei der heute stattfindenden Ratifizierung des Friedens zu beraten.

## Erzbergers Finanzplan.

Weimar, 8. Juli. (W.) Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Steuerentwürfe in Verbindung mit der Interpellation Auer und Genossen (Soz.) betreffend die steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne usw. Reichsfinanzminister Erzberger führt zur Begründung der Vorlage aus:

Keine Damen und Herren! Der Krieg ist der Vermächter der Finanzen. Der hinter uns liegende Weltkrieg ist der erfolgreichste Schrittmacher der Weltkonkurrenz. Da ich die Ehre habe, das erstmalig als Reichsfinanzminister vor Ihnen zu sprechen, lege ich ein offenes Geständnis ab: Zweimal nur in meinem politischen Leben bin ich erschrocken. Das eine Mal, als gegen meine Erwartung und gegen vorherige Verabredung der Reichskanzler am 5. November 1918 mich mit der Führung der Waffensstillstandsverhandlungen beauftragte. Es war vormittags 12 Uhr und abends 5 Uhr mußte ich abstreiten mit unbekanntem Ziel und mit dem bindenden Auftrag, dem deutschen Volk den Waffenstillstand unter allen Umständen zu bringen. Den zweiten politischen Schreck erlebte ich am 21. Juni 1919, als der Reichspräsident zu meiner großen Ueberraschung mich aufforderte, das Reichsfinanzministerium zu übernehmen. Die Bedenkzeit war kurz. Ich mußte ja sagen.

In der schwersten Stunde des Deutschen Reiches habe ich so das schwerste Amt übernommen. Schwere Herzen, aber in dem Bewußtsein, daß die Pflicht es mir gebot, zugleich aber auch in der Hoffnung, daß die Parteien, welche die heutige Regierung bilden, mich in der Erfüllung meiner Aufgabe unterstützen werden. Aber ich erblicke auch die Mitarbeit aller derer in diesem hohen Hause, die mit mir darin einig sind, daß es jetzt nur eine Aufgabe gibt: aufzubauen. An alle Parteien ergeht dieser Aufruf zur Mitarbeit: denn wir sind alle Söhne und Töchter eines Vaterlandes.

Eine wesentliche Voraussetzung für den Wiederaufbau des nationalen Lebens sind geordnete Finanzen. Darum ist die erste Arbeit beim Wiederaufbau eine grundlegende Finanzreform. Keine Rettung bringt der Staatsbankrott, denn Staatsbankrott ist heute Vollbankrott im Innern und nimmt Deutschland im Ausland jeden Kredit. Deutschland aber braucht Kredit, viel Kredit. Die Kassenlage auf Annulierung der Kriegsanleihen oder Verfindlung des allgemeinen Bankrotts mache ich nicht mit. Der Zinsendienst für unsere Kriegsanleihen muß gesichert sein. Die deutsche Kriegsanleihe ist von den besten Volkswirtschaften aufgebracht worden. Von 30.1 Millionen Gesamtzeichnungen entfallen nicht weniger als 34.5 Millionen auf Zeichnungen unter 5000 Mark. Diese 80 v. H. ergeben 25 Milliarden Mark, rund ein Viertel der Gesamtzeichnungen.

Unter den 25 Milliarden Mark, welche die kleinen Zeichner ausgebracht haben, haben die Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Versicherungsgesellschaften insgesamt 2.5 Milliarden gezeichnet. Hinter dieser Summe stehen Arbeiter, Angestellte, Dienstpersonal, Beamte, Handwerker, kleine Landwirte. Hierüber muß man sich klar sein, wenn man von der Einstellung der Zinszahlung spricht. Eine solche Maßnahme würde diejenigen schädigen, die dem Vaterland in der höchsten Not geholfen haben. Die Arbeiter und Kriegsanleiher, die ihr Geld nicht in Kriegsanleihen angelegt haben, würden doppelten Vorteil haben. Einmal würden sie große Einnahmen gehabt haben und zweitens würden sie von der Annulierung nicht getroffen werden. Eberne Mühe ist es, die ganzen Kräfte dafür einzusetzen, daß der Zinsdienst der Kriegsanleihe gesichert werden kann. Steuerliche Vorschriften können ich für die Kriegsanleihe nicht in Aussicht stellen, wohl aber wird dieselbe auch künftig bevorzugt werden bei Zahlungen gewisser Steuern und beim Kauf von Wertpapieren für Zeichner von Kriegsanleihen, nicht aber für Spekulationskäufer.

Gerechtigkeit im gesamten Steuerwesen zu schaffen, ist mein oberstes Ziel. Gerechte Steuern stellen eine rasch wirkende vorzüg-

liche Sozialisierung dar. Sie treffen alle und haben eines vorzu- die private Initiative bleibt bestehen, der begründete Eigenmut sucht nach höchster Einnahme. Der erzielte Ueberflus wird aber zu erheblichem Teil wieder im Wege der Steuer für die Volksgemeinschaft abgenommen. Das Kapitalvermögen muß dabei eine erhebliche Vorbelastung vor dem Arbeitseinkommen erfahren.

Ein guter Finanzminister ist der beste Sozialisierungsminister. Solche Sozialisierung ist uns bitter not. Schon vor dem Kriege war der Unterschied in Deutschland zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden zu groß und wurde damit zur sozialen Ungerechtigkeit. Der Grundfehler der Wirtschaftspolitik im Kriege läßt sich auf die kurze Formel bringen, daß man durch die allgemeine Wehrpflicht die lebendigen Leiber mobil gemacht hat, daß aber die allgemeine Wehrpflicht halt machte vor dem Kapital und dem Besitz.

Die Folgen dieser Ungerechtigkeit waren verhängnisvoll. Uebermenschlicher Heroismus, unerfegliche Opfer an Leben und Gesundheit, übermenschliche Anforderungen an die Moral, die Standhaftigkeit und den Idealismus auf der einen Seite, schieferhafte Profügler, Schleichertum, Luxus und Korruption auf der anderen Seite. Hier liegt auch eine der Ursachen der Hemmungslosigkeit und Maßlosigkeit der Lohnforderungen, mit denen zurzeit der Bestand der Gesellschaft unterwühlt und dem Chaos entgegengerührt wird. An Warnungen hat es im Kriege nicht gefehlt. Im Juli 1917 hat der damalige Chef des Kriegsamt, General Groener, in eindringlichen Worten auf die furchtbaren Folgen einer Wirtschaftspolitik hingewiesen.

Der damalige Vizeminister und leistungsfähige aller Finanzminister, Staatssekretär Heißerich, hat dieser Lage von den inneren Mächten der Verfassung gesprochen, die die Katastrophe des moralischen und nationalen Zusammenbruchs verschuldet haben. Er hat es unterlassen, hierbei jene unheilvolle Wirtschaftspolitik der damaligen Regierung zu erwähnen, die dem moralischen Siegeswillen des deutschen Volkes so sehr geschadet hat und deren hauptsächlichster Träger er war. Wir stehen am Anfang des Krieges und wir hoffen auf den baldigen Beginn des Wiederaufbaues der Nation. Stehen wir die innere Bilanz, so haben wir auf der einen Seite ethische und physische Verbesserungen und Bewusstseins- und Menschenleben und Menschenkraft, an physischen und moralischen Tugenden, Verarmung und Verelendung der mittleren und unteren Schichten, auf denen die Not des Krieges am drückendsten gefolgt hat, und Vermögensverluste, Konsolidierung des Kapitals, Reichtum, Luxus, Wohlleben und ungeschwächten Besitz des größeren Teils der bisher herrschenden Klassen auf der anderen Seite. Drohend erhebt sich aus dem Zusammenbruch der bisherigen Staats- und Wirtschaftsordnung als extreme Reaktion die wahnwitzige, alles zerstörende und negierende Theorie des Bolschewismus. Das Heilmittel gegen diese asiatische Krankheit ist die auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaute heilige Ordnung, welche den wohl begründeten Volkswirtschaftlichen Rechnung trägt und in kluger Föhrung das Gebot der Stunde erfüllt. Der verstärkte Ruf nach Sozialisierung ist nur das Echo der überkapitalistischen Kriegswirtschaft.

Ein großes Stück Sozialisierung ist allerdings bereits vollzogen worden. Das Steigen des Arbeitelohnes und das Fallen des Geldwertes sind die größte Sozialisierung, die die Welt kennt. Der Kapitalist, der vor dem Kriege aus 100 000 Mark Vermögen 6000 Mark Jahreseinkommen zog und heute dieselbe Rente hat, steht jetzt schlechter da, als der Telegraphenarbeiter, der vor dem Kriege 1500 Mark Einkommen hatte und jetzt 7800 Mark Lohn bezieht. Das Sinken des Kapitalertrags und das Steigen des Arbeitelohnes sind natürliche Folgen unerschütterlicher Kriegsmassnahmen. Die Kriegsindustrie hat alle gefunden und in den Dienst des Vaterlandes zu stellen versucht. Das Militär hatte nur einen gebietlichen Ruf: „Wir brauchen Kriegsgeld, koste es was es wolle!“ Mit dem Ende des Krieges mußte der Rückschlag kommen. So war es selbstverständlich, daß die breite Masse des Volkes am Ende des Krieges nicht nur nach der Eingehung der Kriegsgewinne ruft, sondern auch ihren Teil vor der Begehung des Kriegsgewinnes haben wollte. Eine gut durchdachte scharf angelegte Reichsreform wird dem Rufe nach Sozialisierung Gehör verschaffen: Erbschaftsteuer und große Vermögensabgabe sind die ersten einleitenden Schritte, andere werden folgen.

Der große Steuerföderat der Zukunft kann nur das einige Deutsche Reich sein, das in seiner Einheit und Geschlossenheit aus dem Kriegszusammenbruch zu retten, die vornehmste Aufgabe der jetzigen Regierung war und ist. Die Erhaltung des Reiches ist der Preis für die Unterzeichnung des endlich harten, ungeschwächten Friedens. Dieses kostbare Gut unserer Väter, der deutsche Nationalstaat, muß leben und sich entwickeln können. Dazu braucht das Reich ein neues System der Steuerordnung. Drei Steuergründungsgründe sind der deutsche Bürger ausgesetzt: Reich, Gliedstaat, Gemeinde. Vor dem Kriege erob das Reich jährlich nicht ganz zwei Milliarden Steuern und Abgaben, Einzelstaaten und Gemeinden ungefähr 3 Milliarden. Beim Friedensschluß ist das Mindestmaß der Einnahmen, die das Reich für eigene Bedürfnisse gebraucht: jährlich über 17 Milliarden. Die Einnahmen der Einzelstaaten und Gemeinden sind mindestens auf 6 Milliarden anzulegen. Hat das Reich früher von dem Gesamtvermögen 35 bis 40 v. H. für sich gebraucht, so jetzt 70-75 v. H. Die Einnahmen des Reiches müssen um 900 v. H. gesteigert werden, die der Einzelstaaten und Gemeinden um dreifach 100 v. H. Solche Riesenerhebungen heißen neue Maßnahmen. Auscheiden muß aus unseren Erörterungen das früher so oft gesprochene Wort von einem Gegenstand der finanziellen Interessen von Reich und Einzelstaaten, von Staat und Gemeinde. Für den Jenken ist es an sich finanziell gleichgültig, in welche Kasse die ihm auferlegte Steuer fließt. Der Einheit des Steuerzahlers muß die Einheit der öffentlichen Bedürfnisse gegenüberstehen. Es muß eine Sache der wirksamsten Ueberlegung und Abwägung sein, wie die Ergebnisse der Gesamtheit der Steuern auf die verschiedenen öffentlichen Verbände zu verteilen sind.

Biel enger als früher ist das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Gliedstaaten. Dem Reich und Einzelstaaten stehen nach dem Friedensvertrag als gemeinsamen Verpflichtete den Vertragsgegnern gegenüber. Eine ganz neue Konstruktion des Aufbaues der Reichs- und Staatsfinanzen ist nötig. Den ersten Schritt dazu hat die Verfassung getan; politisch in den Bestimmungen über die Zuständigkeiten des Reiches auf dem Gebiete der Steuererhebung, negativ, indem sie die Matrilinearbeiträge befreit hat. Die Gemeinschaft der Interessen von Reich, Gliedstaaten und Gemeinden wird es mit sich bringen, daß es günstige Steuererlöse nicht mehr geben wird. Der deutsche Steuerzahler wird künftig keine Sorge mehr haben auszurechnen, ob er mit Steuern billiger westwärts, wenn er in Berlin, Brunnwald, Koburg oder am Bodensee wohnt.

Können wir den Wesenbedarf der Zukunft auch aufbringen? Wir müssen ihn aufbringen. Der Bedarf des Reiches schiedet sich künftig in a) Anlansbedarf und b) Wiedergutmachungen. Die voraussichtlichen Jahresausgaben werden sich auf rund 17,5 Milliarden Mark belaufen. Die höchste Summe für die Wiedergutmachung konnte trotz aller Bemühungen im Friedensvertrag nicht festgesetzt werden. Angesichts unserer Riesenschuld wage ich kaum das Wort auszusprechen, mit dem ein Finanzminister aufstehen und zu Bett gehen muß: Das Wort von der Sparsamkeit. Ich bin fest entschlossen, den Weg der harten Sparsamkeit zu gehen. Darum habe ich sofort die von meinem Herrn Amtsvorgänger bereits vorbereitete Barrie ausgegeben, daß es vom 1. Oktober 1919 ab keine Baukosten und Kriegsfonds mehr gibt, daß die Kriegsanwartschaft aufhört und daß zur geregelteten Unterweisung zurückgekehrt werden muß. Der erste Schritt ist: Keine unproduktiven Ausgaben mehr. Darum muß auch der langsame Abbau der Arbeitslosenunterstützung ins Auge gefaßt werden. Rohnde Arbeit, nicht Arbeitslosenunterstützung ist das Ziel. Für jede Anregung aus dem Hause und aus den breiten Schichten des Volkes über praktische Durchführung der Sparsamkeit bin ich aufrichtig dankbar.

Wie soll der gesamte Bedarf gedeckt werden, den ich für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden mit rund 25 Milliarden Mark bezeichnen darf? Nachdem ich das Reichsfinanzministerium knapp zwei Wochen lang, werden Sie von mir nicht schon die Darlegung eines bis in alle Einzelheiten durchgeführten Steuerplans erwarten. Über meine Pläne stehen bereits fest. In diesem Augenblick nur einige Angaben: Die laufenden steuerlichen Reichseinnahmen vor dem Krieg betragen nicht ganz 2 Milliarden Mark, von 1913 bis 1918 sind während des Krieges an neuen laufenden Einnahmen erschlossen worden 4000 Millionen Mark. Hierzu treten an einmaligen Abgaben der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer nebst Zuschlag in Höhe von 5,7 Mill. Mark und die Kriegsgewinnsteuer für 1918

mit etwa 2 Milliarden Mark. Die neuen vorliegenden Steuerentwürfe sollen dem Reich weitere 12 000 Millionen Einnahmen bringen und ferner einmalige Einnahmen, die eine dauernde Hinzuerparnis von 600 Millionen Mark versprechen. Es ist also noch die Summe von mehr als 10 Milliarden zu decken. Zwei große neue Steuern nähern sich im Finanzministerium ihrem Abschluß und ich beabsichtige, sie noch vor Beginn der Parlamentsferien dem Hause zu unterbreiten: Die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer. Aber auch wenn diese Vorlagen unverändert angenommen würden, ist der Fehlbetrag für den eigenen Bedarf noch nicht gedeckt. Die Summe für die Wiedergutmachung muß auf andere Weise aufgebracht werden. Im Herbst werden der Nationalversammlung neue Vorlagen zugehen mit dem Endziel, diese Fehlbeträge zu decken. Die Steuerleistung wird eine geradezu entsetzliche Höhe erreichen.

(Es folgen nähere Ausführungen über das französische und englische Budget.)

Eine feste Gefahr sind die 72 Milliarden schwebende Schuld. Ihre Befreiung ist eine der dringendsten Aufgaben für mich. Zwei Wege gibt es: entweder Umwandlung in eine fest fundierte Anleihe, oder Tilgung durch große Abgaben, sei es durch die Einziehung sämtlicher Kriegsgewinne, sei es durch die große Vermögensabgabe, wobei ich mich keinem Zweifel hingebende, daß diese beiden Steuern nicht zusammen sofort den gesamten fälligen Betrag von 72 Milliarden aufbringen werden.

(Es folgt die schon bekannte Angabe für die eingebrachten Steuerentwürfe.)

Neue Steuerentwürfe werden kommen. Teilweise noch in diesem Monat. — Zu diesen reche ich die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer. Der Staat wird durch radikale Gesetze und radikale Durchführung der Gesetze die Ungerechtigkeiten des Krieges wieder gutzumachen suchen. Die breite Masse des Volkes warte! seit der staatlichen Umwälzung auf das große Opfer der beitzehenden Klassen. Pflicht der Besitzenden ist es, sich nicht nur dem staatlichen Zwange zu fügen, sondern sich zu der inneren Ueberzeugung der Notwendigkeit der Hingabe aller Reichtümer und alles Ueberflüssigen durchzurufen, und durch Abtete von Selbstsucht, Eigenmut und Luxus, die Brücke zur sozialen Verbindung zu schlagen. Nur dieser Weg führt zur wahren Befähigung und Wiederherstellung der inneren Einheit und Solidarität des Volkes, der unbedingten Voraussetzung für das Erstehen eines neuen geläuterten und gebesserten Deutschlands.

Grundlegende Systemänderungen in der Steuerverwaltung werden durch die Nationalversammlung unterbreitet. Viele Reformen werden die Rollen des gesamten Wertes darstellen. Ich bedauere, alle Einzelheiten nicht schon jetzt darlegen zu können. Aber Reich, Einzelstaat und Kommunen konnten nicht in so kurzer Zeit endgültig Stellung nehmen.

Eine dringende Bitte habe ich. Meine Damen und Herren! Erleiden Sie alle die Ihnen zugegangenen und noch zugehenden Steuerentwürfe vor den Ferien im Interesse des Reiches. Ob Reich oder Arm, wir alle tragen viel Bargeld in der Tasche herum. Wenn das Steuerjahr einsetzt, wird die Geldtasche dünner werden. Es folgt die Gehandlung durch Sparsamkeit. Die Steuererhebung selbst können freilich nur die Form geben, Steuern selbst bringen sie nicht. Sie werden nur gebracht durch Arbeit, unermüdete Arbeit ist der Segenbringer für die einzelne Person wie für das Reich. Den Reichtum hat uns der Krieg genommen, die Welt hat uns die internationale Gerechtigkeit verweigert, uns so leidenschaftlicher und energischer aber wollen wir arbeiten für eine in Gerechtigkeit wieder aufblühende Heimat und alle unsere Sorge und Mühe widmen: dem armen, aber gerechten Deutschland. Gerechtigkeit, Arbeit und Vaterland müssen der beständige Dreifalt sein, der das neue Deutschland einläutet und dadurch bessere Zeiten ankündigt.

Reil (Soz.): Die Rede, die wir eben gehört haben, ist ein dankenswerter Versuch, die beispiellosen, unabweislichen, finanzpolitischen Aufgaben, vor denen wir stehen, zu meistern. Sie hat nur den einen Fehler, daß sie zu spät gemacht worden ist. Dieser Vorwurf richtet sich nicht gegen den gegenwärtigen Finanzminister, sondern gegen seinen Vorgänger. Hunderte von Millionen sind seit den fünf Monaten seit Zusammentritt der Nationalversammlung über die Grenze geschmuggelt, verlohnen, versteuert und verschwendet, jedenfalls dem Steuerzugriff entzogen worden. Nicht nur materielle Verluste sind damit verbunden gewesen, sondern auch moralische Nachwirkungen der schlimmsten Art. Das Vertrauen weiler Volksschichten zur Reichsfinanzverwaltung ist dadurch bedenklich erschüttert worden. Die Krubben der letzten Monate sind reichlich durch dieses Verläumnis genährt worden. Das Bündel neuer Steuern, das uns nun endlich zur Beratung vorgelegt wird, läßt leider die große und tiefe Unschlossenheit vermischen, ohne die eine Leistung der gigantischen Aufgaben auf diesem Gebiete unmöglich ist und ist nur eine Fortsetzung und Wiederholung von Steuerarten, die während des Krieges schon in Anschlag genommen worden sind. Redner über dann eine scharfe Kritik an der Reichsfinanzpolitik und fährt fort: Auch bei der Reichserbschaftsteuer, die ruf zu erlebigen ist, wird 1 Milliarde und mehr herausgeholt werden. Die Nachschußsteuer ist aber für die großen Nachlässe zu gering. Bis zur vollen Konsolidation des Erbschaftsrechts sind Verschärfungen anzusetzen, denn der Luxus der oberen Schichten ist ohnehin unverändert. Finanzielle und soziale Gründe sprechen für ein radikales Vorgehen der Regierung. Ehe wir an die indirekten Steuern gehen, mühen wir erst wissen, wie das ganze Steuersystem überhaupt in Zukunft gestaltet werden soll. Die Steuererhebung muß so sein, daß jeder im Volke überzeugt sein kann, daß Gerechtigkeit die Grundlage des Staates ist.

Abgeordneter Farmid (Zentrum): Bei unserer bedauerlichen Finanzlage muß unsere Parole sein „Arbeit!“ Das die Spekulation in Kriegsanleihe in dem Maße über die Steuerabgabe ihren Reiz gefunden haben, wird im Volke unabweisliche Befriedigung finden. Es ist ferner ein mit Vorbeeren zu begründendes Beginnen, daß den Kriegsgewinnern das Handwerk gelegt wird. Ueber die indirekten Steuern führt Redner aus, daß sie den Ausschlag noch liebhaft beschäftigen werden. Es gilt für unser Volk alle moralischen Kräfte zusammenzunehmen, um die unabweislichen Kosten zu tragen. Wirten wir alle in Wort und Schrift, im Verkehr bei jeder Gelegenheit dahin, diese moralischen Kräfte zu stärken. Bei unserer Steuerpolitik mühte man geradezu von einer Politik der verpöhten Gelegenheiten sprechen. Man hätte dem Volk rechtzeitig begründlich machen müssen, daß es mit dem Schulden machen nicht getan ist, sondern daß auch hohe Steuern unausweichlich wären. Für das Steuerwesen sollten fortan nur die besten Beamten in Betracht kommen. Die richtige Besteuerung des Volkes ist das oberste soziale Ziel.

Abg. Schiffer (Demokrat) verweigert sich gegen die Vorwürfe Reils wegen der Veräußerung der Steuerentwürfe und erklärte u. a.: Ich verweise darauf, daß die Besteuerung der Kriegsgewinne schon vor Ötern fertiggestellt war. Deshalb ist damals nicht verhandelt worden? Durch die Schuld der Nationalversammlung, die damals eine Pause eintraten ließ. Hinsichtlich der Abwanderung des Kapitals nach dem Auslande habe ich alles getan, was zu machen war, und keinen brauchbaren Vorstoß gehört, der über meine eigenen Vorschläge hinausgegangen wäre. Welche schwere Bedeutung der Stempelung der Kaufmann entgegensteht, ist dem Abg. Reil wohl bekannt. Unser Wirtschaftswesen hat sich mit dem schwersten ab. Es muß aber wissen, was es tragen soll, damit es sich darauf einstellen kann. Ich glaube, der Finanzminister selbst betrachtet diese Vorlage nicht als ein grundlegendes, wohl durchdachtes Steuerrecht. Denn was hier geboten wird, ist im Grunde nichts weiter als vielleicht der Schlussstein der früheren Finanzgestaltung. Ohne große indirekte Steuern werden wir nicht auskommen, bei der Gelegenheit aber zugleich die Frage der Erhebung der Zölle in Gold prüfen müssen. Der Finanzminister füllert mir eben zu, daß hierüber bereits ein Gesetz im Gange wäre. Das Kapital dürfen wir bei der Besteuerung nicht verlieren, sondern wir müssen dafür sorgen, daß möglichst viel Kapital erzeugt wird, um unser Wirtschaftsleben wieder hoch zu bringen. Gegen die Steuernehebschäfte müssen wir alle Mittel anwenden. Die Zukunftspflicht der Banken und Sparkassen muß international geregelt werden. Die anderen Staaten haben sich ein Interesse daran, weil wir unseren Verpflichtungen nicht nachkommen können, wenn wir nicht Steuern einziehen.

Hierauf tritt Verlegung ein. Der Präsident macht noch einige Mitteilungen über den Arbeitsplan der nächsten Zeit. Daraus ist hervorzuhoben: Mittwoch nachmittags 3 Uhr Beendigung

der ersten Beratung der Steuerentwürfe. Siedelmasagelch. Die am Donnerstag dieser Woche beabsichtigte große politische Aussprache wird um acht Tage verschoben. Schluß 7 1/2 Uhr.

Gesamtergebnis der neuen Vermögensabgabe.

Berlin, 9. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Das Gesamtergebnis der neuen Vermögensabgabe wird, wie die „Germania“, die es wissen kann, auf drei Milliarden jährlich, somit für die Dauer der Abgabe auf etwa 90 Milliarden geschätzt. Der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer wird für neun Monate auf zehn Milliarden geschätzt.

Das neue badische Steuergesetz.

Zur Kundgebung des Allgemeinen Fabrikantenvereins Mannheim.

Zu unserm Bericht über die Protest-Versammlung des Allgemeinen Fabrikanten-Vereins wird uns von Herrn Souditus Dr. Gerard geschrieben:

Nach dem Regierungs-Entwurf würde ein in Mannheim wohnender Steuerpflichtiger mit einem Einkommen von 200 000 Mark aus einem Kapitalvermögen von 4 Millionen Mark insgesamt 134 912 M. zu entrichten haben. Das bedeutet eine Belastung des Einkommens mit 67 Prozent. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß im Jahre 1919 das nach dem Stand am 1. April 1918 veranlagte Einkommen und Vermögen versteuert werden muß. Das nach dem Stand am 1. April 1919 veranlagte Einkommen und Vermögen ist in der Regel erst vom 1. Januar 1920 ab zu versteuern, während es für die Besteuerung im laufenden Jahre nur ausnahmsweise maßgebend ist, falls es sich gegenüber der vorherigen Veranlagung um mindestens ein Fünftel erhöht oder erniedrigt hat. Wer also nach dem Stand am 1. April 1918 ein Einkommen von 249 000 Mark zu versteuern hatte, muß diesen Betrag im Jahre 1919 versteuern, selbst wenn sich inzwischen sein Einkommen auf 200 000 Mark vermindert hat. Ähnliche Vorschriften gelten für die Vermögenssteuer-Veranlagung. Infolgedessen kann sich die oben berechnete Belastung unter Umständen von 67 Prozent bis auf 80 Prozent erhöhen.

Nach dem sozialdemokratischen Antrag würde ein in Mannheim wohnender Steuerpflichtiger bei einem Einkommen von 600 000 M. aus einem Kapitalvermögen von 18 Millionen Mark zu entrichten haben:

Table with 2 columns: Tax type and amount. Includes: Staatseinkommensteuer nebst Zuschlag (225 000), Städtische Umlage vom Einkommen (123 626), Evangelische Kirchensteuer vom Einkommen (6 483), Vermögenssteuer nebst Zuschlag (563 400), Städtische Umlage vom Vermögen (45 000), Kirchensteuer vom Vermögen (3 600).

Zusammen M. 967 106. Das bedeutet eine Belastung des Einkommens mit 167,45 Prozent, die sich aber aus den oben erwähnten Gründen unter Umständen auf 128 Prozent erhöhen kann. Würde es sich aber nicht um Kapitalvermögen, sondern um gewerbliches Betriebsvermögen im gleichen Betrage handeln, dann würde sich die Belastung wie folgt berechnen:

Table with 2 columns: Tax type and amount. Includes: Staats-, Gemeinde- und Kirchensteuer vom Einkommen (335 106), Vermögenssteuer nebst Zuschlag (578 610), Städtische Umlage vom Vermögen (164 835), Kirchensteuer vom Vermögen (11 880).

Zusammen M. 1 110 431.

Also eine Belastung des Einkommens mit 183,73 Prozent, die sich unter den oben erwähnten Umständen sogar bis zu 147 Prozent erhöhen könnte. Dabei ist zu beachten, daß bei gewerblichen Unternehmungen das im Jahre 1919 steuerbare Einkommen und Vermögen in der Regel nach der Bilanz des Geschäftsjahres 1917 und nur ausnahmsweise nach der Bilanz des Geschäftsjahres 1918 berechnet ist, während das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres frühestens für die Besteuerung im Jahre 1920 in Betracht kommt. Da viele gewerbliche Unternehmungen, die nach 1918 einen Gewinn erzielt haben, im laufenden Jahre infolge der unabweislichen Herstellungskosten und der Saluta-Verfallsteuerung ohne Gewinn, ja mit Verlust arbeiten, wird es in nicht seltenen Fällen vorkommen, daß die oben berechnete Belastung von Steuerpflichtigen getragen werden muß, die in diesem Jahre überhaupt kein Einkommen haben!

Karlsruhe, 9. Juli. In der bad. Landtag hat (wie im Sitzungsbericht kurz erwähnt) der Verband südwestdeutscher Industrieller ein umfangreiches Protesttelegramm gerichtet gegen die „ganz außer allen Verhältnissen stehende und geradezu ungeheuerlich zu nennende Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuern“. Der Verband führt aus, durch die neuen Zuschläge würde die badische Industrie infolge ihrer an sich schon ungünstigen geographischen Lage konkurrenzunfähig gemacht und dem völligen Ruin entgegengesührt. Die Steuerzuschläge würden nicht nur jeden Anreiz zu industrieller und kaufmännischer Betätigung, zur Erweiterung vorhandener Anlagen, zu technischen Verbesserungen im Keime erlöten, sondern sie wären auch außerordentlich geeignet, die Industrie zur Abwanderung aus Baden zu nötigen und in Baden etwa beabsichtigte Niederlassungen neuer großer Industrien zu verhindern. Der Verband betont, gewiß sollte jeder Bürger und jeder Stand nach bestem Können an der Tilgung der gewaltigen Schulden und Steuerlasten mit beitragen, es dürfe aber niemand durch zu weitgehende steuerliche Heranziehung in seiner Existenzfähigkeit bedroht werden.

Letzte Meldungen.

Der Wechsel im Reichswirtschaftsministerium.

Berlin, 9. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Die jogen. Finanzwirtschaft des Reichswirtschaftsministers Wiffel ist erlosch und mit ihr wohl auch Herr Wiffel und sein Insprktor Unterstaatssekretär von Röllendorf. In der gestrigen Kabinetsitzung hat sich für das Wiffel-Röllendorfsche Projekt nur eine Stimme erhoben, und das war die des Herrn Wiffel selber. Damit ist natürlich die Frage des Wiffel immer wieder hinausgeschoben Rücktritt Wiffels akust geworden. Ein Ministerialbescheid hat Herr Wiffel noch nicht eingereicht, aber wie der Weimarer Berichterstatter der Deutschen allgemeinen Zeitung ahnungsvoll mitteilt, beschließt man sich „erstmalig“ nun mit der Frage der Nachfolgerschaft. Als Nachfolger wird der bisherige Reichsfinanzminister Robert Schmidt genannt. Dem alten Regime hat man Klaffen vorgenommen, daß die Weimarer in einem bestimmten kleinen Kreis von Personen hin und her geschoben würden. Wir haben eigentlich nicht die Empfindung, daß das selber sich geändert hätte.

Eine polnische Greuelstat.

Berlin, 8. Juli. (W.B.) Die Deutsche Waffenstillstandskommission übermittelte dem Chef der französischen Militärmission in Berlin, General Dupont, ein Schreiben, in dem es heißt:

„Am 6. Juli nahmen die Polen nördlich Zduony auf neutralem Gebiet zwei deutsche Soldaten des Infanterieregiments 51 fest und verurteilten sie durch ein sofort eingeleitetes Kriegsgericht zum Tode. Die Soldaten haben sich absolut keine Handlung zuschreiben können lassen, um ein solches Urteil auch nur im geringsten zu rechtfertigen. Der polnische Abschnittskommandeur in Krotoschin ließ das Todesurteil bereits am 6. Juli mittags in frivoler und unverantwortlicher Weise vollziehen. Eine derartige Greuelstat kann vor der Menschheit nicht ungepöhnt bleiben und fordert unverzügliche Beugung.“

Berlin, 8. Juli. (W.B.) Wie der „Temps“ meldet, hat die brasilianische Regierung die Heimbeerdigung der deutschen Internierten mit Schiffen des spanischen Flotten beschlossen.

Aus Stadt und Land. Badische Volkshymne.

Metodie: Preis, da Land... Treue des Land, das der Rheinstrom umrauscht... Freie, mein Volk, deiner Heimat Bereich!

H. Böller.

\*) Im Selbstverlag des Verfassers zu haben.

Die hoch stellt sich der Lebensunterhalt in Mannheim?

Wir geben unsern Lesern nachstehend eine Aufstellung der Ausgaben einer fünfköpfigen Familie im Monat Juni unter gleichzeitiger Gegenüberstellung der Preise von 1914. Zur Grundlage dienen bei der folgenden Zusammenfassung der Lebensmittel ausschließlich die im vergangenen Monat auf Märkten verausgabten Waren:

Table with 5 columns: Warenart, 1914 Preis, 1914 Menge, 1914 Wert, 1914 Menge, 1914 Wert. Includes items like Kartoffeln, Brot, Fleisch, etc.

Küher den oben angeführten rationierten Kritiken sind ganz abgesehen von Hamstern... 5 Pf. Salz, 5 Liter Essig, Deutscher Tee, 4 mal 1/2 Pf. Fisch.

Table showing market prices for various goods like Wirsing, Suppengrün, etc.

Im ganzen 9 Marktgänge (badei sind teure Gemüse, Obst und dergl. nicht an genommen) 50.— 8.— Der Küchenbedarf betrug also im Juni für fünf Personen 59.66 74.77

Auf den Kopf und Tag kommen 1150 Gramm Lebensmittel. Die Steigerung der Preise gegenüber 1914 beträgt 841 Prozent. Der Preis für ein Pfund Fleisch ist im Juni 1910 1.40, im Juni 1914 2.30.

Die Erbsenernte.

Von unserem Weinheimer Korrespondenten wird uns geschrieben: Die rückliegende Erbsenernte in der landwirtschaftlichen Umgegend, besonders in Rudensturm, Strobenheimer Hof usw. ist äußerst reichlich ausgefallen.

Im Großen und Ganzen kann man im Rückblick auf die diesjährige Kampagne sagen, daß man seitens des Publikums fast nie eine Klage über die Erbsenpreise hörte, daß aber tatsächlich die ganzen Höchstpreisbestimmungen bloß auf dem Papiere standen und gar nicht genügend bekannt waren.

In den Kuckhauß verlegt wurde Oberbürger Ramm und die beim Reichsamt Heidelberg wegen vorzeitigen Alters und Bezirksarzt, Medizinalrat Dr. Friedrich Geyer in Turlach auf Ansuchen.

Als Reichsammant. Vom Ministerium der Justiz ist Reichsammant Samuel Haack, der die Zulassung beim Amtsgericht Heidelberg und Landesamt Karlsruhe ausüben darf, als Reichsammant beim Landgericht Heidelberg mit dem Wohnsitz in Heidelberg zugelassen worden.

Als Kriegserntempfangler. Das Bezirkskommando ersucht uns, nochmals darauf hinzuweisen, daß nur diejenigen Kriegserntempfangler Anspruch auf einen Entlassungsantrag haben, wenn sie Rentempfangler sind und in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis 9. November 1918 vom Truppenheil entlassen wurden.

Kein Schulgeld an gewerblichen Fortbildungsschulen. Da die gewerblichen Fortbildungsschulen die Gewerbe- und Handelschulen nach der neuen Verfassung als Fortbildungsschulen gelten, so wie in einer amtlichen Publikation besonders bemerkt wird, die Erhebung von Schulgeld an diesen Schulen nicht mehr statthaft ist.

Die Arbeitervereine. Die Justiz- und Familienministerien hat folgende Verfügung: Den Arbeitern darf bei Teilnahme an den Wahlen usw. im Aktordbereich kein Lohnanspruch erwachsen.

Die Verkehrs- und Verordnungen. Die Reichsregierung hat folgende Verfügung: Die Verkehrs- und Verordnungen sind als Teil der Reichsregierung zu betrachten und sind als solche zu behandeln.

Zur Senkung der Preise der Auslandslebensmittel hat auch der Reichsregierung Städterrat in seiner letzten Sitzung Stellung genommen. Wir lesen darüber im offiziellen Bericht: Nach den von der Reichsregierung aufgestellten Grundlagen für die Verbilligung der Auslandslebensmittel sollen die durch die Verbilligung entstehenden Ausfälle zu je einem Drittel vom Reich, von den Freistaaten und den Kommunalverbänden getragen werden.

Feuerbestimmungen. Im abgelaufenen ersten Halbjahr 1910 war die Benutzung des höchsten Krematoriums eine erheblich häufigere, als in den vorausgehenden Jahren.

Wahlbescheid für Oberbürgermeister Kobus. Zu Ehren des mit dem Ende des Schuljahres in den wohlverdienten Ruhestand tretenden Oberbürgermeisters Otto Kobus hatte sich das Kollegium des Realgymnasiums 1. am Montag nahezu vollständig versammelt.

Wahlbescheid für Oberbürgermeister Kobus. Zu Ehren des mit dem Ende des Schuljahres in den wohlverdienten Ruhestand tretenden Oberbürgermeisters Otto Kobus hatte sich das Kollegium des Realgymnasiums 1. am Montag nahezu vollständig versammelt.

Wahlbescheid für Oberbürgermeister Kobus. Zu Ehren des mit dem Ende des Schuljahres in den wohlverdienten Ruhestand tretenden Oberbürgermeisters Otto Kobus hatte sich das Kollegium des Realgymnasiums 1. am Montag nahezu vollständig versammelt.

Wahlbescheid für Oberbürgermeister Kobus. Zu Ehren des mit dem Ende des Schuljahres in den wohlverdienten Ruhestand tretenden Oberbürgermeisters Otto Kobus hatte sich das Kollegium des Realgymnasiums 1. am Montag nahezu vollständig versammelt.

Wahlbescheid für Oberbürgermeister Kobus. Zu Ehren des mit dem Ende des Schuljahres in den wohlverdienten Ruhestand tretenden Oberbürgermeisters Otto Kobus hatte sich das Kollegium des Realgymnasiums 1. am Montag nahezu vollständig versammelt.

Wahlbescheid für Oberbürgermeister Kobus. Zu Ehren des mit dem Ende des Schuljahres in den wohlverdienten Ruhestand tretenden Oberbürgermeisters Otto Kobus hatte sich das Kollegium des Realgymnasiums 1. am Montag nahezu vollständig versammelt.

Wahlbescheid für Oberbürgermeister Kobus. Zu Ehren des mit dem Ende des Schuljahres in den wohlverdienten Ruhestand tretenden Oberbürgermeisters Otto Kobus hatte sich das Kollegium des Realgymnasiums 1. am Montag nahezu vollständig versammelt.

Wahlbescheid für Oberbürgermeister Kobus. Zu Ehren des mit dem Ende des Schuljahres in den wohlverdienten Ruhestand tretenden Oberbürgermeisters Otto Kobus hatte sich das Kollegium des Realgymnasiums 1. am Montag nahezu vollständig versammelt.

richtig durchdachte und in die Tat umgesetzte völkisch-nationale Organisation. Er ist Deutscher und nur Deutscher. Die Ausführungen des Herrn Godes, welche durch die deutsche Worte des Herrn Harter kurz ergänzt wurden, fanden bei der Zuhörer lebhafteste Zustimmung und langanhaltenden Beifall.

Bereinigung der Vergütung- und Unterhaltungsverhältnisse Mannheim und Umgebung. Unter diesem Namen ist am 14. Juni d. Js. eine Vereinigung zu Stande gekommen, der bereits mehr als 20 Vereine und Gesellschaften als Mitglieder angeschlossen sind.

Bereinigung ehem. Kriegs- und Zivilgefangener Mannheim. Unter Hinweis auf die in dieser Nummer erscheinende Anzeige werden alle ehem. Kriegs- und Zivilgefangenen ersucht, in Anbetracht der wichtigen Punkte der Tagesordnung vollständig zu erscheinen.

Table with 4 columns: Datum, Uhrzeit, Vorstellung, Ort. Includes plays like Otello, Der arme Jonathan, Judith, Fialho.

Aus dem Lande.

Heidelberg, 8. Juni. Gestern nachmittags geriet ein neuer Wüter daholof durch die Witterungsverhältnisse abendliche Launen in Brand. Das Feuer wurde durch die Witterungsverhältnisse und die Freimilitäre Feuerwehr bekämpft und nach mehrstündiger Tätigkeit gelöscht.

Karlsruhe, 8. Juni. Am Sonntag wurde der Direktor der hiesigen Vereinigung, Karl Peter, in Baden-Loben, wo er aus Urlaub der Tagung des Vereins hiesiger Arbeitervereine teilnahm, von einem Schlag getroffen.

Ullingen, 7. Juni. Die durch die Karlsruher Volkswehr in Neuburgener erfolgte Beschlagnahme einer großen Menge Schmutzwäsche hat im Bezirk Ullingen große Aufregung hervorgerufen.

Wirmersheim b. Rastatt, 8. Juni. In einem Gehöft wurde der 22jährige Sohn des Jagdameisters Juno mit einer Schusswunde am Hüfte tot aufgefunden. Ob ein Unfallsfall oder Mord vorliegt, muß erst die Untersuchung ergeben.

Dillingen, 7. Juni. Bei einer Zigarrenfabrik im Wühlertal war vor ungefähr 2 Monaten ein großer Haufen Tabak beschlagnahmt und beim Bürgermeisteramt eingelagert worden.

Ullingen, 7. Juni. Früh um 5 Uhr nahm ein Volkswehrmann am hiesigen Bahnhof zwei Männer fest, die er im Verdacht des Schleichhandels hatte, da er bemerkte, daß sie sämtliche Taschen mit Zigarren vollgestopft hatten.

Ullingen, 7. Juni. Da sich die Winger der Gemeinde Ullingen und Uffeln der diesjährigen Reblausuntersuchung mit Gemalt widersetzten, wurde vom Bezirksamt über die Verhinderung einberufen, in welcher der Oberleiter der Reblausuntersuchung in Baden, Dr. Müller-Kuglensberg, die Winger über den Zweck der Reblausuntersuchung aufklärte.

Ullingen, 7. Juni. Früh um 5 Uhr nahm ein Volkswehrmann am hiesigen Bahnhof zwei Männer fest, die er im Verdacht des Schleichhandels hatte, da er bemerkte, daß sie sämtliche Taschen mit Zigarren vollgestopft hatten.

Ullingen, 7. Juni. Früh um 5 Uhr nahm ein Volkswehrmann am hiesigen Bahnhof zwei Männer fest, die er im Verdacht des Schleichhandels hatte, da er bemerkte, daß sie sämtliche Taschen mit Zigarren vollgestopft hatten.

Ullingen, 7. Juni. Früh um 5 Uhr nahm ein Volkswehrmann am hiesigen Bahnhof zwei Männer fest, die er im Verdacht des Schleichhandels hatte, da er bemerkte, daß sie sämtliche Taschen mit Zigarren vollgestopft hatten.

Ullingen, 7. Juni. Früh um 5 Uhr nahm ein Volkswehrmann am hiesigen Bahnhof zwei Männer fest, die er im Verdacht des Schleichhandels hatte, da er bemerkte, daß sie sämtliche Taschen mit Zigarren vollgestopft hatten.

Ullingen, 7. Juni. Früh um 5 Uhr nahm ein Volkswehrmann am hiesigen Bahnhof zwei Männer fest, die er im Verdacht des Schleichhandels hatte, da er bemerkte, daß sie sämtliche Taschen mit Zigarren vollgestopft hatten.

Ullingen, 7. Juni. Früh um 5 Uhr nahm ein Volkswehrmann am hiesigen Bahnhof zwei Männer fest, die er im Verdacht des Schleichhandels hatte, da er bemerkte, daß sie sämtliche Taschen mit Zigarren vollgestopft hatten.

Ullingen, 7. Juni. Früh um 5 Uhr nahm ein Volkswehrmann am hiesigen Bahnhof zwei Männer fest, die er im Verdacht des Schleichhandels hatte, da er bemerkte, daß sie sämtliche Taschen mit Zigarren vollgestopft hatten.

Ullingen, 7. Juni. Früh um 5 Uhr nahm ein Volkswehrmann am hiesigen Bahnhof zwei Männer fest, die er im Verdacht des Schleichhandels hatte, da er bemerkte, daß sie sämtliche Taschen mit Zigarren vollgestopft hatten.

Ullingen, 7. Juni. Früh um 5 Uhr nahm ein Volkswehrmann am hiesigen Bahnhof zwei Männer fest, die er im Verdacht des Schleichhandels hatte, da er bemerkte, daß sie sämtliche Taschen mit Zigarren vollgestopft hatten.

Vereinsnachrichten.

Deutschnationale Volkspartei Mannheim. Ein deutsch-nationaler Familienabend fand dieser Tage im Saale des Reichsadler in Seckenheim statt. Parteiliebende aus Mannheim hatten sich in größerer Zahl eingefunden.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Darmstadt, 7. Juni. Auf dem hiesigen Marktplatz haben sich am Sonntag Unruhigen ähnlich wie in Mannheim, glücklicherweise aber nicht mit so blutigem Ausgang ereignet. Die „H. B.“ berichtet hierüber: Eine Anzahl Männer verlangte kategorisch von den hiesigen Herabsetzung der Preise auf 1-1.20 RM für das Pfund Rindfleisch, Johannis- und Heibelbeeren.



Todes-Anzeige.

Nach langem, schweren Leiden verschied in Baden-Baden

Herr Albrecht Rub

der frühere Inhaber der Firma Paul Eichner's Nachfolger

Ein trauriges Kriegsgeschick hatte ihn, viele Jahre der Heimat fern, gesundheitlich derart geschädigt, dass es ihm nicht mehr möglich war, sein so viele Jahre mit grosser Umsicht geführtes Geschäft wieder weiter leiten zu können.

Wir verlieren durch seinen Heimgang einen guten Freund und treuen Mitarbeiter, dessen stille Mithilfe unserer Firma wohl noch lange von grossem Nutzen gewesen wäre.

MANNHEIM, den 9. Juli 1919.

Paul Eichner's Nachf., Carl Lassen Internationales Speditionshaus.

Todes-Anzeige.

Am 5. ds. Mts. verschied nach kurzem, schweren Leiden, Herr

Christian Hirt

Lagerverwalter

Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen heissen, treuen und gewissenhaften Mitarbeiter, der sich durch seinen offenen Charakter, sowie sein vorbildliches Wesen unser aller Zuneigung erworben hatte.

Wir werden ihm stets ein treues Andenken bewahren.

Mannheim-Käfertal, den 8. Juli 1919.

Die Direktion und die Beamten der Brown, Boveri & Cie., A.-G.

Todes-Anzeige.

Dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere innigstgeliebte Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Auguste Remmlinger Wwe. geb. Holzmann

nach langem, schweren, mit grosser Geduld ertragenen Leiden, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 23 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

In tiefem Schmerze:

Familie Johann Holzmann Julie Holzmann nebst Kindern Familie Remmlinger Familie Johann Pfister.

MANNHEIM (Lortzingstr. 15), den 9. Juli 1919.

Beerdigung findet am Freitag, den 11. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Trauerbriefe

Wir suchen sofort gegen Bar einen

Pontonkranen

oder ein

Kranenschiff

zu kaufen.

Angebote unter Schiffahrt Q. T. 194 an die Geschäfte.

Wanzen und Käfer, Ratten und Mäuse

lässt man am besten durch die grösste u. leistungs-

fähigste Vertilgungsanstalt

Deutsche Veranbarung gegen Ungeziefer Anton Sprlager

Inh.: Franz Müch, D 3, 11, Telefon 4253

radikal vertilgen.

Reelle Garantie. Strengste Diskretion.

Versicherungen gausser Anwesen gegen mäuse Fränkensätze für die Herren Hausbesitzer besonders zu empfehlen.

Offene Stellen

Die Stelle des zweiten Beamten

in unserer Schwabstrom-Abteilung ist baldigt wieder zu belegen. Gefordert wird erfolgreicher Besuch einer technischen Mittelschule und gute Werkstatt- und Büro-Ausbildung in einem grösseren Werke.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschrift und Gehaltsanspruch erbeten. Städtisches Maschinenamt.

Chemotechniker

mit langjähriger, vielseitigen chem. u. techn. Erfahrungen sucht tätige

Beteiligung

bis 20.000.— an Drogerie, Vertretung oder chem.-techn. Unternehmen irgendwelcher Art, gleich wo. Baldige oder spätere Aktienübernahme erwünscht. Gef. Zuschriften unter Q. K. 185 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erb.

Vertretung

Von erstklass. Firma gleich welcher Branche, für Baden und eventuell Schweiz von routinierten, erfahrenem sprachkundigen Kaufmann gesucht.

Angabe unter Q. L. 186 an die Geschäftsstelle ds. Blattes erbeten.

Für unsere Abteilung Stadt-Montage selbständige

Monteure

gesucht.

Mannheimer Elektrizitätsgesellschaft Elisabethstrasse 7.

Tüchtige branchekund. Verkäuferin

per 1. August gesucht.

Salamander-Schuhgesellschaft m. b. H.

Tücht. Putz-Zuarbeiterinnen

in dauernde angenehme Stellung gesucht. Angeb. erb. an

Otto Herzog, Pforzheim, Bahnhofstr. 4. 4201

Bürogehilfin

In Fachwaren-Geschäft wird einfaches, aus der Handhabung entlastetes Mädchen für Büro und Lager gesucht.

Anerbieten mit Zeugnisabschrift und Gehaltsanspruch unter P. X. 173 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 3906

Herren u. Damen

Herren u. Damen Gewandte Stenotypistin

Feilenhauerlehrling

Suche sofort Fräulein

Verkäuferin

Tüchtige erste Arbeiterin

Rock- und Tailleurarbeiten

2 tüchtige Mädchen

Arzt sucht Stütze

für Haushalt u. Sprachstunde (contul. lehr tüchtiges Mädchen) Nur bestempfohlene Person. 33552

Büfettfräulein

welches Hausarbeit mitbringt, sofort gesucht. 33733

Tücht. Hilfsarbeiterin

für Damen Schneiderlei gesucht. Geschwist. Lichtner

Lehrmädchen

Hut-Weber & Cie. Mannheim, J. J. G.

geb. evg. Dame

ca 30-35 Jahre, für sofort gesucht. Bolitt. Angebote erb.

Haushälterin

Hotel Kaiserhof 33871 P. 4. 1/5.

Mädchen

Jung. Dienstmädchen

Dienstmädchen

solides Mädchen

Zimmermädchen

Schulentlass. Mädchen

Tüchtiges Mädchen

Tüchtige Näherinnen

Alleinmädchen

Kinovorführer

für in allen elektr. Arbeiten sucht Stellung. 33732

Gesucht

Volontärstelle von 19. Mann aus guter, hiesiger Familie, Absolvent des Gymnasiums, bei resp. Firma, wo ihm Gelegenheit zu tüchtiger Ausbildung geboten ist.

Angebote erbittet unter K. T. 44 an die Geschäftsstelle ds. Blattes. 33570

Kunstgewerbler

Zeichner-Modellleur

Junger Kaufmann

Fräulein

Spenglerei

32 ar Pachtacker

Kinderwagen

Selegenheiskauf!

Rauchtabak

Zigarren

Cutaway mit gestr. Hose

1 schwarzer Anzug u. Gedrock

Guterh. Cutaway

Nenes Mantelkleid

Selbstkocher (Ökonom)

Abbruch-

Material



**National-Theater**  
Mittwoch, 9. Juli 1919 35. Vorstellung im Rhein. A.  
**OTELLO**  
Anfang 7 Uhr. Hohe Preise. Ende nach 10 Uhr.  
**Rosengarten - Neues Theater**  
**Wiener Operettenspiele**  
Mittwoch, den 9. Juli 1919  
**Die Glocken von Corneville**  
Komische Operette in 3 Akten (4 Bilder).  
Dichtung von Clairville und Cabrel. Musik von  
Robert Planquette.  
Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

**Künstlertheater Apollo**  
Preise 7½ Uhr täglich präzis 7½ Uhr  
**Der Erfolg wächst von Tag zu Tag.**  
**„Liebesreigen“**  
Operettenschwank in 3 Akten von  
Herrn Wagner. — Musik von Dr.  
Ralph Benatzky und Zimmer, mit  
**Hermann Wagner**  
dem hervorragenden Verwandlungsschauspieler und Charakterdarsteller.

**Friedrichspark.**  
Heute Mittwoch, 4-6 Uhr  
**Nachmittagskonzert**  
Eintrittspreise 30 Pfennig  
**Abend-Konzerte 8-11 Uhr**  
(ausgenommen Dienstag und Freitag) 5463  
Samstag, 12. Juli, abends 8½ Uhr  
**Gartenkonzert des Lehrergesangsvereins.**

**Angestellte des Großhandels!**  
Mittwoch, den 9. Juli 1919, abends  
7½ Uhr, im oberen Lokal der „Zwölf  
Apostel“, C 4, 11  
**Besprechung über den  
Tarifvertrag für den Großhandel.**  
Zur Teilnahme haben die Mitglieder der uns ange-  
hörigen Verbände und Vereine gegen  
Beteiligung des Mitgliedsausweises. 4010  
**Zentralstelle  
der vereinigten Angestellten-Verbände**

**Lawn-Tennisklub Mannheim E. V.**  
Die Mitglieder werden zu einer außerordentlichen  
**Mitgliederversammlung**  
am Montag, den 14. Juli 1919, abends 8½ Uhr  
im oberen Saal des Restaurant Bergolia  
eingeladen. 4014  
**Tagesordnung:**  
1. Satzungsänderung.  
2. Neuwahl des Vorstandes.  
3. Verschiedenes. **Der Vorstand.**

Den 116. Vereinen bringe ich bei event. Aus-  
fällen etc. meinen wieder 3008  
**neu hergerichteten Saal**  
in empfehlender Erinnerung. — Für gute Bedie-  
nung ist bestens gesorgt.  
**P. Lenz, „Wirtschaft z. Lamm“  
Sackenheim.**

**Hutwäscherei C 3, 19**  
Filz-, Panama- und Strohhüte  
werden gewaschen und färbiert wie neu.  
**Achtung!**  
Bei der großen Knappheit an  
**Fensterglas**  
reparieren lassen in der  
**Glaserei E. Lechner**  
R. G. 32 Gontardstraße 2  
Telephon 6285.

**Kampelmayer**  
Regier  
Skarra Hill  
Harrys Klee  
Richter Graeff  
Joachim  
Suckla  
Täglich 4 Uhr Tee  
5 Uhr das glänzende  
Juli-Programm.

**Tanz- und Vergnügungs-  
Gesellschaft**  
nimmt noch einige Damen  
u. Herren als Mitglieder  
auf. Adresse erbet. u. H. L. 56  
an die Geschäftsstelle. 193678

**Mannheimer  
Hausfrauenbund  
E. V.**



Donnerstag, den 10. Juli,  
abends 8 Uhr  
**Mitgliederversammlung**  
im alten Rathaus.  
**Hausfrauensorgen.**  
1. Wirtinverhältnisse.  
2. Die Hausangestelltenfrage.  
3. Neue Rezepte. 4243

**Zur Einmachzeit!**  
**Pa. Salicylsäure**  
zur Konservierung, gegen  
Rothzahn. 250 Gr. = 12  
Mark durch E. Jankner,  
Gerussheim a. Rh. 33778

**Achtung!**  
Einfache Pendelgarnituren  
für elektr. Beleuchtung in  
verschiedenen Größen liefert  
sicher J. Balerweck,  
Mannheim, Q 1, 16.  
Bestellungen an obige Adresse  
erbeten. 33534

**Herrenkleider**  
zum Ausbessern, Aufbügeln,  
Besindern u. Waschen werden  
angenommen. 33806  
T 5, 1, 4, St. Hs.  
Erstliche Offerten über  
**Zigarren, Zigaretten,  
Tabak, Weine,  
Spirituosen**  
**Franz Carl, Eicha**  
3, Römhild S. M.

**Feldsekt**  
alkoholfrei  
Feldmann & Schneider, Tel. 1973.

**Salizyl-  
Pergamentpapier**  
die Rolle 40 Pf.  
**Mannheimer Schürzen-Basar,**  
am Markt, H 1, 17.

**Ein schönes Gesicht**  
erhält man beim Gebrauch  
meiner **Rosemilch.**  
Macht die Haut rein und  
zart in jugendlicher Frische,  
besenigt Leberheiden, Ge-  
sichtsröthe, Mitesser p. Pl.  
Mk. 3.50. 597  
**Kurfürsten-Drogerie**  
Th. von Eichstedt,  
N 4, 13/14.

**1000 Postkarten**  
sort. i. Blum., Landschaft,  
Liebes-, Geburtstags-, Kunst-,  
Kopf-, Holzbrand-, Witz-,  
Glänzer-, Goldglanz-, Brom-  
sild-, Spritz-, Hand- und  
Oelmalerkarten, 30 Mk.,  
100 St. 6.50 Mk. Bis 30 Pf.  
Verkauf. P. Wagenknecht,  
Verlag, Leipzig. 537

**Kartspiritus**  
per Dose 35 Pf. u. 1.00 Mk.  
**la. Batterien**  
Güllows, Mühlthor, Gylde.  
H. Armbruster am  
B 1, 13/14. Tel. 2355.

**Maßanfertigung**  
von Sommerkleidern u. Kleidern  
aus la. Stoffen u. Seiden-  
stoffen zu außerordentlich  
billigen Preisen. Bei Bedarf über-  
sichtl. Skizzen. F 4, 3. 532

**Für Damen!**  
Neu eröffnet!  
Den verehrten Damen die ergebene Mitteilung,  
dass ich im Hause Q 1, 2 4018  
**elegante Salons**  
für Frisieren, Ondulieren,  
: Kopfwaschen, Manicure :  
eröffnet habe. Durch langjährige Tätigkeit in aller-  
ersten Geschäften des In- und Auslandes besitze ich  
die Erfahrung, welche nötig ist, allen Anforderungen  
genügen zu können.  
**Spezialitäten:**  
Halbbarste Ondulation bei größter  
Schonung der Haare  
Haarfärben mit Henné  
Feine Haararbeiten in natur-  
getreuer Ausführung  
Großes Lager in Parfümerie und  
Toilette-Artikel  
**Georg Hammel**  
Spezial-Damenfriseur  
Tel. 3309 Q 1, 2 Entresol Breite Straße  
Vor Kriegsausbruch: 183, Boulevard Perrele  
40, Rue Bayen, Paris

**Remlu-Press**  
**BAZLEN**  
02,1-Paradeplatz 02,1

**Soll Haben**  
**Dr. Knoke** stark gewirkt  
Blauschwefelsäure,  
Fluorwasserstoff,  
Phosphorsäure,  
in f. v. liefert  
Rival-Handels-Schule „Merkur“  
Adylow-Joubertplatz  
E 1, 1 (Paradeplatz)  
Prof. Dr. Gumbel, Tel. 3070

**Vornehme weiße Mahagoni- u. Eichen-Schlafzimmer**  
zirka 50 Küchen-Einrichtungen  
in echt Tisch-Pins und weiß lackiert in feiner Ausführung und eleganten Formen  
zu verkaufen. 3066  
**Möbelschreinerei und Möbelgeschäft Wilh. Florschütz**  
Mühlthorstellung F 2, 7, Baden.

**Vereinigung ehemaliger Kriegs-  
und Zivilgefangener Mannheim.**  
Mittwoch, den 9. Juli, abends 8 Uhr,  
in unserem Lokal „am Rosengarten“, U 4, 10 4004  
**Versammlung.**  
Tagesordnung wird bei Beginn bekanntgegeben.  
Alle ehem. Kriegs- und Zivilgefangene sind herzlich  
freundschaftlich eingeladen. **Der Vorstand.**

**Vereinigung der Vergnügungs- u. Unterhaltungs-  
Vereine Mannheim u. Umgebung, E. V.**  
Den verehrten Vereinen von Mannheim und Umgebung  
bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß eine Vereinigung  
der Vergnügungs- und Unterhaltungs-Vereine gegründet  
worden ist. 30097  
Die Vereine, die dieser Vereinigung noch fern stehen,  
werden hiermit freundschaftlich eingeladen, sich anzuschließen.  
**K. Nahm. A. Kelmer.**  
Alle Zuschriften sind an den ersten Schriftführer Georg  
Herrmann, U 4, 9a, zu richten.

Greifbar ab Lagerfähig mehrere Waggons  
Schmalz, Del, Reis, Kaffee, Mandel  
Corinthen, ausl. Weine, Hülsen-  
früchte, Kernseife, Toilettenseife,  
Konserven, Schokolade, Gewürze.  
**Zimmermann & Co.**  
Ludwigshafen a. Rh., Jägerstr. 23.  
Vertreter erster ausländischer Groß-  
firmen in Waren aller Art. 33003

**Sofort nach Blockadenhebung**  
offizieller für Großisten und Händler greifbare  
**Lebensmittel**  
Schmalz, Fett, Speck, Schinken, Olivenöl, Speiseöl,  
Schokolade, Kaffee, Tee, Kaffee, gebrannt und roh,  
Reis usw. gegen vorherige Rasse durch Eisenhaltung  
auf der höchsten Best. Ludwigshafen. Angebote  
an Otto Stiefel, Düp- und Genieseehafen,  
Oggersheim (Wald). 4016

**Institut für Gesichtspflege**  
P 5, 13 Geschw. Steinwand Fernspr. 4013  
Damen die an Gesichtsharun, Nasenmangelheiten,  
Gesichtsröthe, schlaffer Haut usw. leiden, finden  
unbedingt sichere, erfolgreiche Behandlung.  
**Maniküre, Körperpflege, Pediküre**  
in und außer dem Hause. 744a

Erste Mannheimer Ver-  
steigerung gegen Unge-  
wissen, gepr. 1900.  
**inh.: Eberhardt Meyer**  
Mannheim, Gellertstr. 12. Tel. 2318.  
Bürostunden  
von 9½ bis 4 Uhr. 53  
Besorgt Ungeheurer jeder Art  
unter weitgehender Garantie.  
Spezialist in radikaler Wanzen-  
Ausrottung. — 20jähr. prakt.  
Erfahrung. — Aesthetisch, gründlich  
und leistungsfähigste Unter-  
nehmen am Platze.  
Kontakant vieler staatl. und  
städtischer Behörden.

**Kassenschranke**  
L 15, 4 Herm. Hauer Tel. 7276  
General-Vertreter der Osterlag-Werke  
Aalen. 596

**Unübertroffen ist Hennigson's  
Haarfarbe - Wiederhersteller**  
Haar wie neu.  
Flasche Mk. 6.— zur Wiedervereinigung der ursprüng-  
lichen Naturfarbe erheblicher und sogarer Haare.  
Unschädlich. V172  
Löwen-Apotheke, Mohren-Apotheke, Elefant-Apotheke,  
Krone-Apotheke am Tattersall, Th. von Eichstedt Kar-  
lsruher-Drogerie, N 4, 13/14, Storch-Drogerie, Ba. gros:  
Leo Treusch, D 1, 3.

**Stärkewäsche**  
bleicht innerhalb 33298  
**8 Tagen**  
Waschanstalt F 4, 10 Teleph. 4066.  
Auf Wunsch Abholung.

**Abschriften**  
und Vervielfältigungen,  
Diktate, Stenogramme,  
Schreib-Büro Schüritz N 4, 17  
Tel. 7105

**Neuverzinkung**  
von Waschwannen, Waschtöpfen,  
Eimern, Fußbadewannen usw.  
übernimmt 567  
**Carl Renninger**  
Verzinkerei  
Industriehafen, Industriestr. 43, Tel. 1196.